

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Legislationshaus".

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonnab.

Bezugspreis für kleine Ausgaben 10 Pf. monatlich, Nr. 2 — vierfährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlese. Nr. 3 — vierfährlich durch eine deutsche Postanstalt, ausgeschlossen Bringerlese. — Bezugsschulungen nehmen außerdem entgegen: in Würzburg die Zweigstelle Würzburg 10, sowie die Ausgabenstellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die vorherigen Ausgabenstellen und in den benachbarten Landorten und im Reihenbau die bestehenden Tagblatt-Träger.

Bezugspreis für kleine Ausgaben 10 Pf. monatlich, Nr. 2 — vierfährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlese. Nr. 3 — vierfährlich durch eine deutsche Postanstalt, ausgeschlossen Bringerlese. — Bezugsschulungen nehmen außerdem entgegen: in Würzburg die Zweigstelle Würzburg 10, sowie die Ausgabenstellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die vorherigen Ausgabenstellen und in den benachbarten Landorten und im Reihenbau die bestehenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Seiten: 15 Pf. für lokale Anzeigen im "Arbeitsmarkt" und "Steiner Kupfer" in einschlägiger Form; 20 Pf. in Form abweichender Sonderdrücke, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 20 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 3 ML für lokale Zeitungen; 1 ML für auswärtige Zeitungen. Glanz, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufen, nach beobachteter Verbreitung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderte Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wochen wird keine Gewalt übernommen.

Freitag, 13. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 73. - 62. Jahrgang.

## Neue Gesetze in Preußen.

Von Justizrat Lippmann (Stettin),  
Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

Der Entwurf einer Novelle zum Landesverwaltungsgefehle beschäftigt zurzeit das Herrenhaus. Es ist die Frucht jahrelanger Arbeit der durch Kabinettsorder vom 7. Juni 1909 zusammenberufenen Immediat-Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform. Der Reformplan, der den Beratungen dieser Kommission zu Grunde lag, ging insbesondere auf Vereinfachung und Dezentralisation des Geschäftsganges, des Behördenaufbaus und der Rechtsmittel. Den Beratungen dieser Kommission entsprang zunächst der Allerhöchste Erlass vom 17. Juni 1910, betreffend "Grundzüge für eine vereinfachte Geschäftsordnung der Regierungen", dann das Gesetz "zur Änderung der Vorschriften für die Annahme und Prüfung der Rechnungen" vom 28. März 1912 und der Allerhöchste Erlass vom 28. Juni 1912, betreffend "Änderung und Ergänzung des Regulativs über den Geschäftsgang bei der Oberrechnungskammer". Diesen kleineren Änderungen soll nun, als Schluss der Reform, der dem Herrenhaus vorliegende Entwurf zur Änderung des Landesverwaltungsgefehles folgen.

Das Herrenhaus hat in einer Resolution vom 1. April 1908, das Haus der Abgeordneten in einer solchen vom 4. April 1908 die Staatsregierung zur Herbeiführung einer Reform der allgemeinen Landesverwaltung aufgefordert. Die Staatsregierung wurde insbesondere aufgefordert, dabei im Sinne der Dezentralisation vorzugehen und besonders auf eine Stärkung der Lokalinstanz Bedacht zu nehmen. Das sollte im Sinne der Antragsteller heißen, daß die Zuständigkeit und Befugnisse der Landräte erweitert und die Landratsämter zu kleinen Regierungen umgebildet würden.

Dies zu tun hat die Staatsregierung im vorliegenden Entwurf abgelehnt. Dagegen hat sie den Geschäftskreis der Regierungen erweitert, indem einzelne Entscheidungen der Zuständigkeit des Oberpräsidenten entzogen und der der Regierungen unterstellt sind. Sie hat ferner die Stellung der Regierungspräsidenten völlig geändert. An Stelle der bisherigen Kollegialverfassung soll die Bureauverfassung treten, d. h. aus den selbständigen votierenden Regierungsräten werden im wesentlichen Mitarbeiter des Regierungspräsidenten mit beratender Stimme, während die Entscheidung allein beim Regierungspräsidenten liegt. So sind denn auch die Abteilungen für Kirchen- und Schulwesen sowie die für direkte Steuern, Domänen und Forsten, die früher selbständige entschieden, aufgehoben. Nur Berlin hat das unter anderem die Bedeutung, daß statt der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen in allen Kirchen- und Schulangelegenheiten fortan der Polizeipräsident allein entscheidet.

## An der russischen Riviera.

Ein Meisebild vom Schwarzen Meer.  
Von Oskar Grossberg (S. Petersburg).

Rußland ist ein sonderbares Land, — ein Land voll unvereinbarer Widersprüche; es verfügt über unermessliche Naturräfte und es ist bis über die Ohren verschuldet; es hat in der sog. "Schwarzerde" den herrlichsten Weizenboden von der Welt und die ärmeren Bauern; der Alkohol ist in Russland viel geringer, als in jedem anderen Kulturland und doch kostet Dämon Alkohol in Russland die meisten Opfer dahin. Und so tragen Russen auch jährlich weit über hundert Millionen Rubel in die Sommerfrischen und Kurorte des Auslandes und doch verfügt Russland über eine hohe Anzahl wunderbarer Heilquellen und über Gegenden, die an Majestät und Unberührtheit der Natur, an Kunst des Alters und herausfordernder Lippigkeit der Vegetation alles hinter sich lassen, was in dieser Beziehung in Europa vorhanden ist. Wer je den Kaukasus besucht hat, wird zugeben, daß das nicht zuviel gelagt ist, denn es gibt in Europa keinen Fleck Erde, der mit dem Käfigengelände des Kaukasus, das man die "Riviera des Pontus" nennt, in diesen Beziehungen sich messen könnte. Dieses Gebiet, dem man, um im Rahmen des Absonderlichen zu bleiben, einen aus Westeuropa entlehnten Namen beigelegt hat, erinnert sich an der Westküste des Schwarzen Meeres von Novorossijsk bis Batum an der türkischen Grenze. Wenngleich der Kaukasus sich seit nunmehr gut fünfzig Jahren im ungestörten Besitz Russlands befindet und die frigierischen Bergpöller, deren Zahl Legion ist, nicht mehr daran denken, sich gegen den weißen Baron aufzulehnen, so ist dieser Küstenstrich, auf dessen Schönheiten und Reichtum ganz quer der verstorbenen Direktor des Naturkundlichen Museums in Tiflis, Gustav Radde, aufmerksam gemacht hatte, erst vor knapp fünfzehn Jahren recht eigentlich

Auch insofern wird die Zuständigkeit der Regierungen, also des Regierungspräsidenten, erweitert, als die Aufhebung der Generalkommissionen durch das Gesetz vorgesehen wird, und die Generalkommission zu Königsberg durch das Gesetz schon aufgehoben wird. Ihre Geschäfte werden den Regierungen übertragen.

Wenn man auch der Staatsregierung darin Recht geben muß, daß sie es abgelehnt hat, die Zuständigkeit der Landräte zu erweitern, so fragt es sich doch, ob nicht der dort vermiedene Fehler bei der Erweiterung der Zuständigkeit des Regierungspräsidenten und bei der Belebung der Kollegialverfassung der Regierungen dennoch begangen ist. Die Kollegialverfassung der Regierungen hat sich bewährt. Die Zurückdrängung des Einflusses der Räte zugunsten der Erhöhung der Stellung des Regierungspräsidenten war nicht erforderlich und gefährdet die Ruhe und Sachlichkeit der Entscheidungen. Noch bedauerlicher ist die beabsichtigte Aufhebung der Generalkommissionen, deren bisherige Arbeit jedes Lob verdient und deren bewährter Erfahrung die Durchführung der inneren Kolonisation in erster Reihe anzuvertrauen wäre.

Zugegeben muß werden, daß das Gesetz für das Verfahren und den Instanzenzug eine ganze Reihe von Ermächtigungen und Verbesserungen bringt. Auch die Einführung einer Kammer für Abgabenfachen, die sich im wesentlichen mit der Entscheidung über Gemeindeabgaben befaßt will, wird zur Vereinfachung und Verbesserung des Verfahrens führen, ebenso die Einführung von Abteilungen bei den Bezirksausschüssen für einzelne Geschäftszweige. Zu bedauern ist aber, daß nunmehr bei Streitigkeiten über Gemeindeabgaben die Revision beschränkt ist; jedoch hat sich dies im Interesse der Entlastung des Oberverwaltungsgerichts nicht vermeiden lassen.

Im ganzen kann man sehr zweifelhaft sein, ob die großen Nachteile, die in der Belebung der Kollegialverfassung der Regierungen und in der Aufhebung der Generalkommissionen zu erbliden sind, durch die Verbesserung des Verfahrens wettgemacht werden. Und selbst wenn man das zugeben will, so liegt eine Gefahr auch darin, daß man nicht wissen kann, was in den Händen des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses noch aus diesem Gesetz werden kann, ob nicht insbesondere, ihrem alten Wunsche folgend, die Majoritäten dieser Häuser versuchen werden, die Zuständigkeit der Landräte im Sinne ihrer früheren Beschlüsse durch Änderung dieses Gesetzes zu erweitern. Was das für die innere Verwaltung zu bedeuten hätte, bedarf keines Kommentars.

Noch ein anderes Gesetz, das Gesetz über Familienfideikomisse, ist zunächst dem Herrenhause zur Beratung überwiesen; man kann sagen, an sich mit Recht, da im Herrenhause sehr viel Sachverständige, nämlich Fideikommisbesitzer, sitzen. Aber —

entdeckt worden. Seither haben sich in dem etwa 200 Quadratkilometer großen Gebiete zahlreiche Vertreter der Geburtsaristokratie und der Hochfinanz angezogen und einen freilich vorläufig noch geringen Teil des Landes in einen Garten von unermesslicher Fruchtbarkeit umgewandelt. Neben dem herrlichsten Obst gedeihen dort Apfelsinen, Mandarinen, Tee, Bambus, Palmen, Tabak und andere kostbare Kulturpflanzen in einer Lippigkeit, wie man sie nur in diesem überreichen subtropischen Gebiete finden kann. Die Leute, die hier Besitz erworben haben, — zu diesen gehören auch einige Großfürsten und die Verwaltung des kaiserlichen Güter — stehen vor beinahe unbegrenzten Möglichkeiten in der Kultur kostbarster Kulturpflanzen. Die überaus günstigen wirtschaftlichen Chancen dieses Gartens Eden werden noch der Vollendung der Schwarzmeerküste ins Ungeheure gesteigert werden. Doch schon jetzt muß vor den Natur Schönheiten und dem strohenden Reichtum dieses Gebiets die vielgerühmte Nordküste des Mittelmeeres vergleichen.

Die Riviera des Pontus eröffnet für tatkräftige Menschen ein ebenso interessantes wie materiell dankbares Wirkungsgebiet. Auch dem Globetrotter, dem der Erdball schon längst zu eng geworden ist, erschließt sich eine neue, ungemein ertragreiche Provinz von höchster Eigenart. Freilich ist es noch nicht ganz leicht, dorthin zu gelangen, denn die Küstenreise steht noch recht weit im Felde; gegenwärtig benutzt man von Novorossijsk aus den Dampfer, der die Verbindung zwischen dem Nord- und dem Südufer des Pontus aufrecht erhält und alle bewohnten Punkte des Gebiets anläuft. — Die Reise unter den Planken am Schwarzmeeraufgang führt fraglos dem klimatischen Kureort Soghr, der seine Erholung ausschließlich der Luftkraft und der Umgebung des Prinzen Alexander Petrovitsch von Oldenburg verdankt. Auf einem der südlichen Punkte dieses begehrten Landes hat der Prinz aus einer Wildnis im Laufe weniger Jahre mit Anwendung enormer Mittel ein Paradies, einen Kureort geschaffen, der es in Rom und Dugus, sowie Gewöhnlichkeit der

es gab einmal eine preußische Verfassung, in der es hieß: "Fideikommiss werden aufgehoben." Es gab auch einen preußischen Ministerpräsidenten, der die innere Kolonisation die wichtigste Aufgabe der Festzeit nannte. Die Verfassung, die die Fideikommiss aufhob, gibt es nicht mehr. Den Ministerpräsidenten aber, der die innere Kolonisation gewaltig fördern wollte, gibt es noch. Und der bringt zunächst ein Gesetz über Fideikomisse ein. Difficile est satiram non scribere.

Wenn man den Entwurf liest, so sieht man mit Erstaunen, daß ein Fideikommisbesitzer ein Mann ist, der — nach dem Entwurf — jeder unvorsichtlichen Handlung verächtlich ist. So werden denn alle seine Handlungen unter eingehende Kontrolle der Familie, insbesondere aber eines Familienpflegers gestellt. Und die Aufsicht ist streng und in einzelne gebend und — die Familie kann den Fideikommisbesitzer wegen ehrlosen und unsittlichen Lebenswandels des Rechtes entziehen, das Fideikommiss zu besitzen, und tritt nicht nur er, sondern seine ganze Linie in der Nachfolgeordnung hinter die Linie dessen Unwirters zurück, der an seiner Stelle zum Fideikommisbesitzer gelangt.

Die Nutzungen des Fideikommisses fallen auch zum erheblichen Teile nicht dem Fideikommisbesitzer zu, sondern werden zu einer Verbesserungsmasse und ferner zu einer Versorgungsmasse verwendet. Die ertere Masse soll zur Erhaltung und nachhaltigen Verbesserung des ländl. und forstwirtschaftlichen Besitzes dienen, aus der anderen sollen Witwen, Kinder und Enkel früherer Fideikommisbesitzer versorgt werden.

Über die Verwaltung einer Forst z. B. ist ein besonderer Wirtschaftsplan aufzustellen, den bei Säumigkeit des Fideikommisbesitzers der Familienpfleger verfaßt. Überall fungieren auch sonst in der Beaufsichtigung der Wirtschaft der Familienpfleger, die Familie und über ihm die Aufsichtsbehörde, das zuständige Oberlandesgericht. Letzteres kann dem Fideikommisbesitzer auch die Verwaltung ganz entziehen und sie dem Fideikommispfleger übertragen, wenn durch das Verhalten des Fideikommisbesitzers oder durch seine ungünstige Vermögenslage die Gefahr einer erheblichen Schädigung des Fideikommisvermögens begründet erscheint. Alles zum höheren Glanz der Familie, der damit und mit der oben erwähnten Absehungsmöglichkeit die volle Herrschaft über Fideikommis und Fideikommisbesitzer gewährleistet wird.

Erscheint danach schon der Fideikommisbesitzer nicht gerade durch das Gesetz begünstigt, so ist es noch weniger der Gläubiger des Fideikommisbesitzers. Nur wenn die Familie dies genehmigt, haftet ihm der Stamm des Fideikommisvermögens. Wenn das nicht der Fall ist, haften ihm nur die Einkünfte des Fideikommisvermögens, aber auch diese im Gegensatz zum bisher geltenden Rechte nur beschränkt. Die oben erwähnten

Gesellschaft mit den vornehmsten weideutschen Kurorten durchaus aufnehmen kann. Es ist, wie gesagt, nicht leicht, noch Gogen zu gelangen, denn der Pontus hat alle Tüden, wegen deren er seit altersher mit allem Recht verfügt ist, bewahrt. Man kann aus Novorossijsk bei schönstem Wetter ausfahren, und schon nach ein paar Stunden kann sich das bis dahin still atmende Meer in einen brodelnden Kessel verwandeln, auf dem Schiffe und Gelände wie Späne umherwirbelt werden. Unter solchen nicht gerade selten eintretenden Umständen ist natürlich weder an eine Landung in Gogen, noch an sonst einen der offenen Orte der Küste zu denken, sondern man muß sich in Geduld schulen, nach Batum dampfen und sein Glück auf der Rückfahrt versuchen, wo man dann wie ein Postkasten in eine Felude verladen wird, die den Passagier durch die Brandung wohlbehüten an Land bringt. Hier wird man nur freilich für alle etwa ausgeständigen Mähen überreich entschädigt, denn Gogen ist nicht nur ein Juwel an landschaftlicher Schönheit, sondern es bietet auch jeden nur erdenklichen Komfort; urwüchsige Wildheit und äußerste Verfeinerung luxuriöster Lebensführung flingen hier ganz eigenartig zusammen.

Während unmittelbar hinter dem Kurort, über dem auch im Winter ein ewig heiterer und ewig linder Himmel steht, wilder Küste und mit einer übermäßig wuchernden Vegetation bedeckte Gesteinsmassen aufragen, promeniert auf den wohngesetzten Wegen des Kurortes unter blühenden Rosen, Rosen, gigantischen Palmen und Magnolien eine Menge, die an raffinierter Eleganz nichts zu wünschen übrig läßt. In die Töne des sinfonischen Orchesters mischt sich das Rauschen reißender Bergströme, das Schreien der Hirsche oder das Brüllen der Wildschweine. Um die elektrischen Bogenlampen freilen in der ländlichen dunklen Nacht mächtige, bunte Falter und das Meer mitteilt seine ewige Melodie.

Der scharfe Gegensatz zwischen dem schmal parfümierten Kreis der zum großen Teil hocharistokratischen Kurgesell-

aus den Einkünften gebildeten Verbesserungs- und Verjüngungsmassen nämlich sind seinem Zugriff entzogen. Er kann seine Befriedigung nur durch Betreiben der Zwangsverwaltung erreichen. Die Zwangsverwaltung läßt aber die bisher erwachsenen Verbesserungs- und Verjüngungsmassen unberührt. Nur bei der Verteilung der künftigen Früchte geht der Anspruch des Gläubigers den Ansprüchen dieser Massen vor.

Doch bei den hier in Betracht kommenden Familien die Bestimmungen des „bürgerlichen“ Rechtes durchbrochen werden und für die Fideikommissherechtigungen uneheliche Kinder nicht zur Familie ihrer Mutter, für ehelich erklärte nicht zur Familie ihrer Eltern gehörten, ist ja bei dem ganzen Geiste des Gesetzes nicht verwunderlich. Verwunderlich erscheint vielleicht das vom Gesetz neugebildete Wort „Fideikommisshärmazier“. Das ist jemand, der zu Unrecht etwas vom Fideikommisshärmazier besitzt.

Und die innere Kolonisation? Ihr will man dadurch gerecht werden, daß man für die Zukunft die Maximalgöße des Fideikommisshärmazier zu bindenden landwirtschaftlichen Besitzes auf 2500 Hektar festsetzt und daß man die Fideikommissherechtigung in Kreisen, wo bereits zehn vom Hundert der landwirtschaftlich genutzten Fläche gebunden sind, davon abhängt macht, daß sie „besonderen öffentlichen Zwecken“ dient. Es soll ferner vor der Widmung oder Einverleibung von bauerlichen Grundstücken zu Fideikommisshärmazier gehört werden.

Diese Vorschriften sind aber doch nur düstige Männelchen für die eminente Kolonisationsfeindlichkeit des ganzen Fideikommisshärmaziers. Will man wahrhaft innere Kolonisation treiben, so ist die Rückkehr zu dem alten Grundsatz „Fideikommisse werden aufgehoben“ unerlässlich, nicht aber ein Fideikommisshärmazier wie dieses. Und der Aufhebung der Fideikommisse sollte man ein Gesetz über die allmähliche Aufteilung der Domänen folgen lassen.

## Deutsches Reich.

\* Bayerische Wünsche zum Zolltarif. Die bayerische Abgeordnetenlamer hat Anträge zu der Erneuerung der Handelsverträge angenommen. Die bayerische Regierung soll im Bundesrat darauf hinwirken, daß für die Gerste ein einheitlicher Zoll von 4 M. zur Einführung gelangt und der Hopfenzoll erhöht wird. Angerufen wurden auch Anträge auf Vorlage eines Reichsgesetzes, betreffend den Schuh von Futter- und Düngemitteln.

\* Warum Kardinal Röpp an Oppersdorff schrieb. Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift, welche die Gründe zu kennen vorgibt, die den Kardinal Röpp bewogen haben, den berühmten Brief an den Grafen Oppersdorff zu schreiben. Kreise der christlichen Gewerkschaften hatten behauptet, der Kardinal habe aus Abneigung gegen die selbständige Arbeiterbewegung gehandelt. Dazu bemerkte die Zuschrift: „Sollte denn in diesen Kreisen nicht bekannt sein, daß die Enzyklische-Interpretation vom 24. November 1912 in Rom sehr befremdet hat, und daß man besonders infolge des fortgehen- den Streites und des Kölner Prozesses sich dort veranlaßt fühlte, die Enzyklische fragen zu lassen? Um das zu erreichen, hat, wie ich von zuverlässiger römischer Seite erfahre, das päpstliche Staatssekretariat dem Kardinal Röpp den Wunsch ausgedrückt, seinen längst vollzogenen Rücktritt von der Enzyklische-Interpretation auch öffentlich fundzugeben. Diesem Wunsch hat der Kardinal um so bereitwilliger nachkommen können, als er diese Interpretation schon längst als wirkungslos und verwirrend erkannt hat. Das ist des Kästels ebenso einfache wie zwecklose Aktion.“ — Nach dieser Zuschrift geht also das Schreiben des Kardinals auf eine unmittelbare Weisung der Kurie zurück.

\* Kleinsiedlungen für Industrie- und Landwirtschaftsarbeiter. Kleinsiedlungen für Arbeiter der Industrie und Landwirtschaft schafft der Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands, E. V., Biehendorf, auf seinen Kulturrbeitsstätten in Neppen und Beeskow, und in nächster Zeit werden ebenfalls Kleinsiedlungen vom

Land und der mit der Hand zu erreichenden unverfälschten Urwaldnatur ist einer der reizvollsten und stärksten Eindrücke, die man sich denken kann. Sagt ist aber nur eine Etappe; ihre höchsten Schönheiten entwickelt die Riviera weiter im Süden. Der Komfort nicht missen mag, wird natürlich auf gehobenen Wegen bleiben, und er wird auf vieles verzichten müssen, was sich dem bietet, der eine kleine, übrigens völlig unschuldige Expedition landeinwärts anstrebt und sich damit zu begnügen instande ist, was auf dem Postkettel mitgeführt werden kann. Nur wenige Kilometer von dem faszinierenden Küstenstrich gibt es weder Weg noch Steg, geschweige denn Gathöfe. Man kann tagelang zu Pferde in der Wildnis umherstreifen, ohne einem Menschen zu begegnen. Man wird aber in der Einhöhlung des Bergwaldes die Abwesenheit von Menschen kaum schmerlich empfinden, denn die Natur ist hier so zuverlässig reich. Tier- und Pflanzenwelt sind von so interessanter Mischungsfarbe, daß man bald in einen Zustand des Entzückens gerät, der nebe an Erosion grenzt. Die seltsamsten Pflanzen, die sonst mühselig in unseiten Gärten gezogen werden, gedeihen hier in verschwenderischer Wildheit; man muß sich durch ganze Gruppen von Brasilienkämpfen oder sich durch das unübersehbare Blütenmeer der Rhododendronhaine arbeiten und Dschungeln von Bambus überwinden. Bäume von ungeheurem Umfang bedecken die Bergschrägen; man findet hier herrliche Bergschnecken, Ruhbäume, Thorn, Eichen, Bäumen und Eichen von einer Höhe und Umfang, wie man das in Europa überhaupt nicht kennt. Wiedereben, Efeu und verschiedene Lianenarten schwingen sich in pittoresken Festen von einem Baumrücken zum andern.

Das Hochgebirge ist ein Dorado für den Weidmann; in den bewaldeten, oft ganz unzugänglichen Bergschluchten hausen Wildschweine, Bären, Hirsche und selbst der Urse, der gewaltige Aueross, der sonst überall vom Erdhoden verschwunden ist, während er hier noch in großen Rudeln im Hochgebirge zu finden ist. Auf den Graten sieht man in einer Stunde mehr Menschen und Steinböden, als in den beobachteten Tropenwäldern in einer Woche; der Reichtum und die Mannigfaltigkeit der Tierwelt ist verblüffend.

Man muß lange reisen, ehe man an ein aus Steinböden so geschichtete Haus oder gar in ein Dorf kommt. Die

Verein in Weiß und Weizen sowie in mehreren westdeutschen Gegenden geschaffen werden. Dem Verein ist es durch Bewilligung von Betriebsdarlehen seitens verschiedener Großstädte möglich gemacht worden, seine Arbeit in großem Maße aufzunehmen und auf diese Weise ordentlichen Familien, die sich nach einem eigenen Hause und nach einem eigenen Garten sehnen, diese Sehnsucht zu erfüllen. Statt hoher Rente zahlen die Nutznießer einen kleinen Jahreszins, von dem noch ein beträchtlicher Teil ihnen als Spargeld mit Zins und Zinseszinsen gutgeschrieben wird. Da jetzt die Vermögen abgeschlossen werden müssen und die Stellen vergeben werden, empfehlen wir allen, die eine solche günstige und wirtschaftliche Anstellung übernehmen wollen, sich recht bald an die Geschäftsstelle des Vereins für soziale innere Kolonisation Deutschlands, E. V., Biehendorf, Gartenstraße 23, zu wenden.

\* Der Deutsche Käuferbund zum Gesetz über die Sonntagsruhe. Der Deutsche Käuferbund hat der Kommission des Reichstags zur Beratung des Gesetzentwurfs über die Sonntagsarbeit folgende Resolution mitgeteilt: „Der Deutsche Käuferbund rüttelt an den hohen Reichstag das ergebnis der Erfüllungen, den vorliegenden Gesetzentwurf über die Regelung der Sonntagsruhe so umzuändern, daß als Regel die volle Sonntagsruhe angenommen wird und Ausnahmen nur in möglichst geringem Maße für die Lebensmittelbranche zugelassen werden.“

\* Bei der Königlichen Gärtnereihanstalt in Berlin-Dahlem finden im Jahre 1914 neun Sonderlehrgänge für Obst- und Gemüsebau sowie für Blumenbinderei und wissenschaftliche Bienenzucht statt.

\* Ein großer deutscher Pilgerzug nach Lourdes wird auch in diesem Jahre wieder stattfinden. Führer ist der Pfarrer Scheidweiler in Berlin-Reinickendorf, der auch in früheren Jahren die Lourdes-Pilgerzüge organisiert und geleitet hat.

## Heer und Flotte.

Der Auslandsdienst der Flotte. Im kommenden Gesetzjahr werden noch amtlicher Angabe 2 große Kreuzer, 8 kleine Kreuzer, 6 Kanonenboote, 2 Torpedoboote, 8 Flugzeugträger, 2 Vermessungsschiffe, 2 Peilboote, 1 Stationsschiff und 1 Begleitdampferständig aus dem Auslandsdienst ausüben. Das sind 27 Kriegsschiffe und Kriegsfahrzeuge. Bisher waren 25 tätig: 2 große Kreuzer, 8 kleine Kreuzer, 8 Kanonenboote, 2 Torpedoboote, 8 Flugzeugträger, 2 Vermessungsschiffe, 1 Stationsschiff und 1 Begleitdampfer. Das Mehr machen die Peilboote 3 und 4 aus, die auf der australischen Station Verwendung finden und das Vermessungsschiff „Planct“ in der für unseren Handel wichtigen Vermessung der dortigen Gewässer unterstützen werden. An Stelle zweier Kanonenboote treten 2 kleine Kreuzer. Es ist bereits angeordnet worden, daß das Kanonenboot „Kondor“ heimkehren soll. Verabstellt ist außerdem das Kanonenboot „Kronprinz“. Der kleine Kreuzer „Königsberg“ geht im Frühjahr als Stationär nach Ostafrika.

## Ausland.

### Frankreich.

Das Budget für 1915. Paris, 12. Febr. Der von dem radikalen Deputierten und ehemaligen Minister Clementel abgefaßte Generalbericht über das Budget für 1915, der in der heutigen Kammerberatung zur Verteilung gelangen wird, begrüßt die Gesamtausgaben auf 5091 Millionen, doch sind darin wieder die Ausgaben für Marokko im Betrage von 232 695 000 Franken, noch die außerordentlichen Ausgaben für Heer und Flotte einbezogen, die in besonderer Rechnung geführt und durch besondere Anleihen gedeckt werden sollen. Die normalen Einnahmen werden auf 4 789 000 000 Franken veranschlagt, so daß sich ein Fehlbetrag von 302 Millionen ergibt, der teils aus den zu erwartenden Überschüssen, teils durch Ausgabe fürsfrühtiger Schatzscheine gedeckt werden soll. Der Bericht Clementels stellt fest, daß die Staatsausgaben seit 10 Jahren um 1500 Millionen gestiegen sind, wovon für die Vermehrung der militärischen Ausgaben 555 Millionen und auf die sozialpolitischen Ausgaben 234 Millionen entfallen. Außerdem wurde die Ver-

freien Söhne dieser freien Berge werden es sich nicht nehmen lassen, den Fremdling mit großer Gastfreundschaft zu bewirten. Viel vermögen sie allerdings nicht zu bieten, diese prachtvollen, idyllischen, geschmeidigen, bildschnönen und unabhängig stolzen Kerle in den männlichen und überaus malerischen Tropen, der gewaltigen Palmenmühle, dem eleganten langen Tschertessentos und dem Schmiede oft uralter und überaus kostbarer Waffen, die sie allenfalls nur in der Nacht ablegen. Sie haben nicht viel mehr zu bieten, als ein Stück steinhartes Stroh, den ebenso darten Tügeln läßt „Bründje“ und den öligen und feurigen Nachtkinetzwein, reicht man zu langerer Rast ein, so wird unweigerlich ein Hammel geschlachtet und der Gast wird mit der Nationalssuppe, dem köstlichen „Schaschlyk“, bewirtet. Diese Götterspeise, die aus wechselnden Schnitten Hammelfleisch und Speck besteht, wird am Spieß über einem Kohlenfeuer geröstet und sie schmeckt, wenn sie mit einer scharfen roten Tinte übergeschüttet, ganz ausgezeichnet. Man schmaut Schaschlyk und die silberbeschlagenen Hörner des Auerochsen oder des eitlerlichen Steinböcks freien Fleisch; dann wird eine „Torna“ herbeigetragen, und bald drehen sich die jungen Männer auf der Bergalde in den Verschöpfungen der Phesginsa oder sie lassen beim Scheine prasselnder Scheiterhaufen ihre wilden Kriegslieder erklingen. Die Frauen sind fast nie sichtbar, sie bleiben den unreinen Blicken fremder Männer verborgen; nur ein Zufall kann es liegen, daß man eine der überaus anmutigen jungen Frauen mit den sanften Gazellenaugen und den feinen Gesichtszügen erblickt. Leider verblassen diese entzückenden Geschöpfe nur gar zu bald, denn auf ihren zarten Schultern ruht alle Arbeit, während die Männer doch zu Amt und bis an die Zähne bewaffnet Besuch machen. geheimnisvolle Expeditionen unternehmen, von denen so mancher mit ein paar Kugeln oder Kinschädeln am Leibe, oft aber auch mit schönen neuen Waffen, einem guten Gaul oder einigen Hammeln zurückkehrt; oder sie jagen, Insekten und über sich im Schießen und Fechten; sie sind zu allem bereit, nur die Arbeit lehnen sie ganz entschieden ab. So derwegen, sturköpfig und grausam die meisten Kaufleute auch sind, so halten sie doch das Gottesamt unverbrüchlich heilig. Diese Leute, die einen Feind feindeselig aus dem Hinterhalte niederknallen oder ihn mit

mehrung der Ausgaben um 297 Millionen durch die Versteuerung der Lebensmittel, um 65 Millionen durch die Verstaatlichung der Bahn und um 373 Millionen durch die Ausgestaltung der verschiedenen Dienstzweige verurteilt.

Gehaltsforderungen der Post- und Steuerbeamten. Paris, 12. Febr. An 8000 Postbeamte und Angestellte der Verwaltung der indirekten Steuern fanden in einer heute nacht abgehaltenen Versammlung einen Beschluß antrag, in dem sie verlangten, daß ihnen eine Erhöhung ihrer Bezüge und zwar zu demselben Zeitpunkt wie den Offizieren gewährt werde.

### England.

Lloyd George über Homerule. London, 12. Febr. Im weiteren Verlaufe der Debatte im Unterhause verteidigte Lloyd George die Politik der Regierung, die Mitteilungen der beabsichtigten Änderungen zur Homerulebill zu verschieben und erklärte, daß die Veröffentlichung der einzelnen Vorschläge im gegenwärtigen Stadium den Frieden nicht fördern, sondern hindern würde. Die Regierung werde in gezielter Reihenfolge die Vorschläge unterbreiten. Sie werde die Verantwortung für die einzelnen übernehmen, aber eine Verantwortung für eine Annahme oder eine Ablehnung werde auf die Opposition fallen. (Gelächter bei der Opposition, Beifall bei den Ministeriellen.) Die Regierung werde das äußerste Gegenstand machen, das sich mit dem Hauptzweck der Bill noch vertrage, aber sie werde die Majorität der Freiheit nicht verraten, die auf die Regierung vertraut. Wenn die Regierung, nachdem sie alles getan hat, was in ihrer Macht sei, um die berechtigten Besorgnisse Ulsters zu beseitigen, vor Drohungen mit Gewalt zittern sollte, wäre sie un würdig dieses Vertrauens. Vonat Law betonte die ernste Lage und erklärte, daß die Opposition sich vollkommen ihrer Verantwortung bewußt sei, die sie übernommen habe. Von der Homerulevorlage habe man erläutert, daß sie eine Einrichtung föderalistischen Systems sei. Als einziger gangbarer Weg erschien ihm, Ulster aus dem Spiel zu lassen, bis der ganze föderalistische Entwurf vollendet sei und dann Ulster zu fragen, ob es sich diesem Entwurf anschließe. Der Regierung ständen nur zwei Wege offen. Entweder Vorschläge zu machen, um den Widerstand Ulsters zu beseitigen, oder sich selbst dem Urteil des Volkes zu unterwerfen.

### Rußland.

Die Ansichten über die armenischen Reformen. Petersburg, 11. Febr. Der Abschluß der Reformen für Armenien wird hier ohne übermäßige Beifriedigung aufgenommen. Die russische Diplomatie verbirgt sich nicht, daß das Erreichte nur als ein Anfang betrachtet werden könne. Die „Vorzeitzeitung“ schreibt, man wisse nicht, was eigentlich abgemacht sei. Jedenfalls sei es infolge der deutschen Wirkung zu wenig. Russland bestrebe jetzt auf der Durchführung der Reformen.

### Schweden.

Weitere Demonstrationen. Stockholm, 12. Febr. Als der frühere Ministerpräsident Staaff gestern nachmittag das Reichstagsgebäude verließ, wo er zur Begrüßung Erklärungen abgegeben hatte, die aber nichts Neues enthielten, begleiteten ihn mehrere hundert Personen, meistens junge Leute nach der Wohnung, wo sie Hochzeite auf ihn ausbrachten. Die Menge zog darauf nach der Wohnung des Sozialistensführers Branting und dann unter den Auflauf: „Es lebe die Republik!“ durch die Straßen. Die Polizei verstreute die Menge und verhinderte einen Zusammenschluß mit Studenten, welche Hochzeite auf den König ausbrachten, die mit ernstlichen Hochzeiten auf die Republik beantwortet wurden. Abends jammelte sich eine große Volksmenge vor dem Schloss, um den Königspaar eine Huldigung darzubringen. Das Königspaar, umgeben von den übrigen Königs-

dem Kinschal niedermeheln, werden dem Fremden kein Haar krümmen. In der Nähe der Städte haben freilich die alten, sehr rohen, aber auch sehr ritterlichen Sitten starke Einbuße erlitten; die eindringende Kultur gereicht diesen Naturkindern nicht zum Heile.

## Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. „Madame“, ein dreistufiges Konversationsstück von Abel Hermant und Alfred Savoir, fand am 9. Februar in Paris in der Böttcherstraße ein sehr ausverkauftes Gehör bei Feinschmefern, pariserischer Dialogfünfe.

Helene Odilon trat vor einigen Tagen seit längerer Zeit wiederum im großen Musikvereinsaal in Wien vor das Publikum und hatte bei einem ausverkauften Saale einen sensationellen Erfolg.

Im Freiburger Stadttheater fand d' Annunzio's „Francesca da Rimini“ bei ihrer deutschen Uraufführung in Tollmayers Übersetzung trockenen Erfolg.

Wissenschaft und Technik. Eine interessante Expedition nach dem Norden Chinas verläßt in diesen Tagen London, um dort das Leben eines winzigen Parasiten näher zu untersuchen, der eine gefährliche Krankheit hervorruft. An dieser Studienreise beteiligen sich einige Mitglieder der jüngsten antarktischen Expeditionen; ihr Führer ist der Arzt E. Q. Aclison, welcher der Parasitologe der Scottischen Expedition war. Man nimmt an, daß dieser unheimliche Krankheitserreger, über den bisher nichts Genaues bekannt geworden ist, auf den Schalen- und Muschelthieren im Yangtze Fluss und anderen Flüssen hausst; jedenfalls findet er sich im Wasser, und die unheilvolle Wirkung, die von diesem Parasiten ausgeht, haben alle die zu spüren, die auf dem Wasser oder in der Nähe des Wassers leben. Der Parasit dringt dann in die Haut ein, und die Krankheit, die er hervorruft, ist manchmal so schwer, daß sie zum Tode führt. Ein genaues Studium der Lebensbedingungen dieses gefährlichen Gesellen würde auch zugleich zu einer Entdeckung der besten Heilmethode der von ihm hervorgerufenen Krankheit führen.

familie, trat auf den Balkon und wurde von der Menge mit lebhaften Hurraufen begrüßt. Das Königspaar unternahm auch im Laufe des Tages im offenen Automobil eine Fahrt durch die Hauptstadt, überall von der Bevölkerung herzlich begrüßt.

### Türkei

Aufhebung der Gesandtschaft in Montenegro und Einrichtung einer Gesandtschaft in Albanien. Konstantinopel, 11. Febr. Die Pforte beschloß, die Gesandtschaft in Tschernjaja aufzubauen. — Nach Blötermeldungen hat die Pforte jerner beschlossen, in Albanien eine Gesandtschaft zu errichten, sobald in Albanien eine solche Regierung erlangt sei.

Die italienischen Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien. Rom, 12. Febr. In hiesigen politischen Kreisen will man wissen, daß die Verhandlungen zwischen England, Italien und der Türkei über die Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien endgültig zum Abschluß gekommen seien. Die Vereinbarung soll besonders für Italien sehr günstig sein. Weiter will man wissen, daß nach Unterzeichnung des Abkommens die Räumung der von Italien im Mittelmeer besetzten Inseln in kürzester Zeit erfolgen wird.

### Mexiko.

Die Hinrichtung Castillos. R. New York, 12. Febr. Ein Telegramm aus El Paso bestätigt die Nachricht von der Gefangennahme und Hinrichtung Maximio Castillo und sechs seiner Anhänger durch Truppen der Konstitutionalist. Nach einem Telegramm, das General Villa von Rebellen erhalten hat, fand die Gefangennahme am Montag 45 Meilen von Pearson in Chihuahua statt.

### Südamerika.

Der Baumwollbau in Argentinien. Der Baumwollbau in Argentinien wird in nicht allzu ferner Zeit erheblich an Bedeutung gewinnen, wie in dem vor kurzem erschienenen Heft der „Mitteilungen“ des Deutschen-Argentinischen Zentralverbandes ausgeführt wird. Die bisher im Norden Argentiniens, insbesondere im Chaco, gemachten Andenversuche haben sehr gute Ergebnisse gezeigt und der Baumwollkultiv ist in diesen Gegenden ebenso wie in Paraguay eine glänzende Zukunft in Aussicht zu stellen, vorausgesetzt, daß es gelingt, den Anbau im grohem Maßstabe durchzuführen. Die deutsche Industrie findet hier die Möglichkeit, eine neue ergiebige Quelle des wichtigen Rohmaterials sich zu erschließen, denn auch die argentinische Regierung, der an der wirtschaftlichen Entwicklung des Nordens der Republik viel gelegen ist, würde derartige Pflanzungsunternehmen nach jeder Richtung fördern.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Lehrergehälter und Staffelung der Ortszulage.

Aus Lehrerkreisen hört man und:

In der Mittwoch-Wend-Ausgabe des „Wiesbadener Tagblatt“ ist in der Notiz „Lehrergehälter“ auf die Gehälter der Städte Mannheim und Ludwigshafen hingewiesen und im Anschluß daran dem Wunsch Ausdruck gegeben worden, daß Wiesbaden nun auch bald eine entsprechende Normierung seiner Lehrergehälter vornehmen möge. Der Hinweis auf die beiden genannten Städte hat jedoch für Wiesbaden geringere Bedeutung, und andere Städte, wie Nürnberg, München, Passau, Hamburg usw., würden im Vergleich mit Wiesbaden noch drastischer wirken, und zwar zu ungünstigen der nassauischen Hauptstadt. Aber es kommt für die Lehrergehälter der Stadt Wiesbaden vielleicht auf etwas anderes an. Nach dem Gesetz von 1909 sind für ganz Preußen die Lehrergehälter in Grundgehalt und Alterszulagen einheitlich festgesetzt, so daß das unzeitgemäße Vieleslei verschwunden ist, dagegen hat das Gesetz für besonders teure Orte die Bevilligung von Teuerungszulagen bis zum Höchstbetrag von 900 M. zugelassen, die aber von den einzelnen Gemeinden nach freiem Ermessen gewährt werden können. Es sind aber selbst in den ersten und reichsten preußischen Städten bei Bevilligung der vollen Ortszulage von 900 M. der Höchstbetrag der angeführten süddeutschen Städte gleich gut nicht erreichbar. Das in Preußen erreichbare Höchstgehalt ist freilich von einer langen Reihe preußischer Städte längst bewilligt worden; und annähernd erreicht ist das gesetzlich zulässige Endgehalt in zahlreichen Orten des rheinisch-wesfälischen Industriegebietes sowie in den drei nassauischen Orten Wiesbaden, Höchst und Griesheim. Der Grund und Kardinatsfehler der Ortszulage liegt aber in einigen Städten der letzten Gruppe nicht einmal in der Ortszulage an sich, die in Wiesbaden bis 700 M. und in Höchst bis 600 M. hinaufreicht, sondern in der Art ihrer Staffelung begründet, wodurch die Lehrer in den unteren und mittleren Dienstjahren eine unzureichende Teuerungszulage bekommen. Weil in diesen Jahren die staatlichen Alterszulagen vielfach noch fehlen und die Familiensauberungen erfahrungsgemäß mit am höchsten sind, macht sich in dieser Zeit der Lehrer einer ungünstig gestaffelten Ortszulage am stärksten fühlbar. Einige Beispiele verschiedenartiger Staffelungen sollen folgen. Mit dem 15. Dienstjahr bezieht der Lehrer in Griesheim 500 M. Ortszulage und der Lehrer in Wiesbaden 400 Mark (bis zum 17. Dienstjahr). Noch ungünstiger gestellt sind unsere Lehrerinnen gegenüber ihren Kolleginnen in Griesheim. Nach vollendetem 18. Dienstjahr bezieht der junge Lehrer in Frankfurt 750 M. Ortszulage, der gleichaltrige Kollege dahier also 250 M. weniger. Die Wiesbadener Lehrerin beginnt sich bei 18 Dienstjahren mit 290 M. Ortszulage, während eine Frankfurter Lehrerin zur selben Zeit 600 M. Zulage erhält. Die neuzeitliche Frankfurter Magistratsvorlage sieht abermals eine bessere Staffelung vor, und das Stadtverordnetenkollegium wünscht, daß selbst diese geplante Besserung der Ortszulagenstaffelung noch wesentlich günstiger gestaltet werde. Nicht die Höhe der Ortszulage an sich allein, sondern mehr noch eine günstige, wohlwollende — ja gerechte Staffelung ist das Entscheidende, und nur eine die unteren und mittleren Dienstalter genügend berücksichtigende Abstufung der gleichen Zulagen läßt diesen ihren Charakter als Teuerungszulagen und erfüllt den Geist und Willen des Gesetzes. Nicht bloß die vollen Endgehälter, sondern befriedi-

gende Gehältsbezüge in den unteren und mittleren Dienstjahren sind die Zeichen edler Wohlwollen unserer Städte, und hierin wird Wiesbaden in nächster Zukunft hauptsächlich bestrebt sein müssen, das Veräumte endlich gutzumachen.

### Eine Hundertjahrerinnerung.

In diesen Tagen sind hundert Jahre verflossen, seitdem sich an der Haaribank in der Nähe der Insel Texel jene graue Tragödie zutrug, durch welche zahlreiche nassauische Soldaten ein Grab in den eisigen Fluten des Meeres fanden. Die beiden nassauischen Infanterie-Regimenter unter den Obersten v. Pöhlitz und v. Kruse hatten mehrere Jahre im Dienst Napoleons in Spanien tapfer und ruhmvoll gekämpft. Nach der Völkerschlacht von Leipzig sogt sich auch Rossau von dem gewaltigen Sturm los. Das zweite Regiment entfam aus Spanien und schiffte sich nach England ein, von wo aus es 1814 auf Befehl des Herzogs von Nassau nach Holland ging. Am 5. Februar 1814 lief die kleine Flotte, welche die Nassauer aufgenommen hatte, aus dem Hafen von Plymouth aus, geriet aber in ein solch furchterliches Schneegestöber, daß einige der Schiffe wieder zurückkehrten. Doch brach man bald wieder auf, um einen neuen Versuch zur Erreichung der holländischen Küste zu machen. Wiederum trat ein entsetzlicher Sturm ein und trieb die Schiffe auseinander. Zwei davon retteten sich mit knapper Not und kamen später glücklich nach Holland. Die beiden anderen aber gerieten in der Nähe der Küste auf Sandbänke. Das vom Hauptmann v. Berninger kommandierte Schiff geriet in der Dunkelheit des Wintertagens, und alle Mannschaften ertranken. Das zweite, von Hauptmann Müller befehligte Schiff geriet auf eine Sandbank; die Bogen drangen mit furchtbarer Gewalt in den inneren Schiffsrumpf, haubhohe Wellen stürzten über das Deck und spülten zahlreiche Menschen ins Meer. Viele stiegen auf den Bordern fest und hielten sich hier an Tauen, Stricken und Leitern fest. Die auf dem Deck Gebliebenen wurden ausnahmslos durch Sturm und Wellen ins Meer geschleudert, darunter auch Hauptmann Müller. Zu den unzähligen Leidern der Unglücksgefallenen gesellten sich qualender Hunger und Durst. Mehrere mutige Männer stiegen auf das Deck und holten mit Mühe ein höhnes Netz und eins mit Schwämmen, womit sie ihr Leben fristeten. Endlich, am 11. Februar, näherte Rettung. Bewohner der Insel Texel, welche die Unglücksfälle schon längst bemerkt hatten, aber keine Hilfe bringen konnten, weil ihre Boote im Eis festgefroren waren, kamen jetzt mit den losgeschwommenen Booten und nahmen die halb erfrorenen und fast verhungerten Schiffbrüchigen vom Riff herab. Aber es waren nicht mehr viele — nur noch 40 Mann im ganzen —, die gerettet wurden. In den eisigen Wellen umgekommen waren 12 Offiziere, 3 Feldwebel, 12 Sergeanten, 21 Korporale, 4 Soldaten und 178 gemeine Soldaten.

— Ein begehrter Posten. Die hiesige Allgemeine Ortsfrankenfassie hat die Stelle eines Kassenboten ausgeschrieben. Es meldeten sich nicht weniger als 700 Bewerber, die sich zum großen Teil in recht guten Privatstellungen befinden, teilweise sogar dem Haushaltstand angehören.

— Ein neuer Frauenberuf. Ein neuer interessanter Beruf hat sich der Frauenwelt in der Außenpropaganda der Gaswerksbetriebe eröffnet. Wer als Fleißmännchen jahrelang in der Erweiterung des Absatzes solcher Artikel gearbeitet hat, die für die Küche bestimmt sind und über deren Anwendung naturgemäß die Frau anschlagend ist, der weiß am besten, wie viel erfolgreicher darin mit weiblichen Kräften als mit männlichen gearbeitet wird. Es ist nicht nur eine gewisse Abneigung zu überwinden, die zum Ausdruck kommt in den Worten: „Was versteht denn ein Mann davon!“ Es ist auch tatsächlich nicht unberechtigt, wenn unsere Hausfrauen sich in solchen Fällen der männlichen Propaganda gegenüber etwas ablehnend verhalten. In allen die Frauenwelt interessierenden Angelegenheiten kann die Frau auf Grund ihrer eigenen Erfahrung ihren Männchen tatsächlich besser Aufklärung und Belehrung bieten, als der Mann. Wenn es sich z. B. darum handelt, die Vorzüge eines Gasstroms zu erläutern, so wird sich in 99 von 100 Fällen der Mann damit begnügen, den Apparat in der Weise vorzuführen, daß er ihn ein- oder ausstellt und aufläppt, dann über die Heizkraft etwas theoretisch hin- und herredet, und die Sache ist für ihn erledigt. Wie viel geistreicher und verständnisvoller kann die Frau hier vorgehen! Sie macht sich nicht lächerlich, wenn sie ein schönes Rosstisch zur Stelle hat, es künstgerecht in der Pfanne bräunt und in kürzester Zeit ihrem Publikum in anmutiger Weise zum Kosten vorlegt. Sie wird auch etwaige Einwendungen auf Grund ihrer praktischen Erfahrung in der Küche ganz anders widerlegen können, als ein Monteur, der auf seinen Apparaten noch nichts geleckt und gebroten hat. Von den Gaswerken wird deshalb mehr und mehr dazu übergegangen, in der Außenpropaganda Damen besserer Stände zu verwenden, die durch ihre Vorträge mit praktischen Demonstrationen über die Vorteile moderner Gas-, Koch- und Bratapparate jeder anderen Heizmethode gegenüber ausschärfend wirken. So beschäftigt z. B. auch unsere Gaswerksverwaltung seit vergangenem Spätherbst eine Dame, die in der neuerrichteten Beratungsstelle für Gasverwertung die verschiedensten Gasapparate im Betrieb vorführt und erklärt. Schaukästen und Gaslochfusse obhält und auf Wunsch auch die Hausfrauen in ihrer Wohnung aufsucht.

— Verdächtige Telephongespräche. Der Frankfurter Polizei sind in den letzten Tagen wiederholt Mitteilungen von eigenartigen Telephongesprächen gemacht worden. Bei den Telefoninhabern wird angefragt, wann die Herrschaft zu Hause wäre, da das Amtshauptamt das Telefon nachsehen lassen wolle. Es hat sich herausgestellt, daß diese Anfragen vom Amtshauptamt nicht eingegangen sind, und man vermutet deshalb, daß ein moderner Einbrecher auf diese Weise auskundschaften will, wann in der betreffenden Wohnung die Leute nicht zu Hause sind. Bis jetzt ist es nicht gelungen, den Mann zu ermitteln. Bei Telephongesprächen mit Unbekannten ist also Vorsicht geboten. — Auch in Wiesbaden soll dieses Manöver bereits versucht worden sein.

— Kleine Notizen. Morgen Samstag, den 14. Februar, bleibt die Kochturnhalle wegen Reinigung von 1. Uhr ab nachmittags geschlossen. — Auf die heile Freitag, abends 8 Uhr, im Vereinsaal der Turnerschaft „Schwabacher Straße 8, stattdessen Berghaltung der „Nordostföderation Volksbund““, beenden mit Vorlesung des Stadtstaatskonsulten über städtische Grund- und Bebauungspolitik, sei hiermit noch hingewiesen.

— Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultusgemeinde (Synagoge: Michelberg). Gottesdienst in der Hauptsynagoge. Freitag: abends 5.30 Uhr. Sabbat: morgens 9 Uhr. Predigt 10 Uhr, nachmittags 8 Uhr, abends 6.25 Uhr. Gottesdienst im Gemeindesaal: Sonntags: morgens 7.15 Uhr.

abends 5.30 Uhr. Die Gemeindebibliothek ist geöffnet Sonntagsvormittag von 11 bis 12 Uhr und Dienstagnachmittag von 8 bis 9 Uhr.

— Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge Friedrichstraße 33. Freitag: abends 5.15 Uhr. Sabbat: morgens 8.30 Uhr. Vorlesung 10.30 Uhr. Jugendgottesdienst 2.15 Uhr, nachmittags 8 Uhr, abends 6.30 Uhr. Sonntags: 7 Uhr, abends 6 Uhr.

— Calmud Tora-Bund Wiesbaden. Nerostraße 16. Sabbat-Einang 5.15 Uhr, morgens 8.30 Uhr. Muttertag 9.15 Uhr. Mincha 5.15 Uhr, Ausgang 6.25 Uhr. Sonntags: morgens 7.15 Uhr, Mincha und Schur 5.15 Uhr, Nachar 8.30 Uhr.

### Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— Residenz-Theater. Am Montag findet die 6. Rollorstellung zu kleinen Preisen statt; es gelangt Jacobo Dusidiv „Wir gehn nach Tegernse“ zu Aufführung. Der Verlust der noch vorhenden Karten beginnt heute Freitag. Joseph Commer wurde für den Rest der Spielzeit für das Residenztheater verpflichtet.

### Aus dem Vereinsleben.

#### Vorberichte, Vereinsversammlungen.

— Der diesjährige Rosenball des Männergesangvereins „Cäcilia“ findet am Samstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im Festsaal der Turnerschaft „Schwabach“ Straße 8, statt.

— Am Samstag, den 14. Februar, findet im feierbaren erledigten Altheater der Kreismäzenball des „Quartettvereins“ statt. An Überraschungen wird es nicht fehlen.

— Zu der am Sonntag, den 18. Februar, abends in der „Barburg“ stattfindenden Gala-Damen- und Herrenabend mit Tanz, veranstaltet von der „Wiesbadener Karneval-Gesellschaft“, beben sich die besten Balltanzredner angemeldet.

— Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, veranstaltet der Evangelische Kirchen-Gesangverein unter Leitung seines Dirigenten Karl Hoffmeier sein zweites (mittleres) Winterkonzert im Saale des Bühnenateliers. Der Chor bringt verschiedene Lieder von Staud, Stöller, Rung und unserem Wiesbadener Seminarimusiklehrer a. D. Ruhldirektor Zenger („Mein Nassauer Land“) — Gedicht von Emil Scholl — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilettantenchor in liebenswürdiger Weise bereit erläutert, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters G. Schmidt die Festwaltz von Leutert, eine Andante von Haydn und die Vorelei „Barcarolle“ von Rossini spielen. Als Solisten sind gewonnen Frieder Reuterhoff (Sopran) und Maria Habicht (Mezzosopran) — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre so ist hier auch diesmal der Wiesbadener Dilett



ständige zu diesen Verhandlungen hinzugezogen werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schulenburg (natl.): So schlecht, wie die Reichsversicherungsberechnung gestern von den sozialdemokratischen Rednern gemacht worden ist, ist sie denn doch nicht. Wir haben etwas Gutes mit ihr geschaffen. Man sollte es bezüglich der Klagen bei dem bisherigen Zustand bewenden lassen.

Abg. Doermann (opt.): Der Reichstag muss sich in Zukunft hüten, wieder in ein Gesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß die gesetzlichen Vorschriften nach einer bestimmten Zeit zu einer erneuten Beschlusssitzung vorgelegt werden sollen. Wir können beschließen, was wir wollen, der Bundesrat ist jetzt nicht geneigt, eine Änderung einzutreten zu lassen.

So bleibt alles beim alten.

Durch die Klagen wird namentlich den kleinen Gewerbetreibenden Kapital entzogen, das zusammengekommen eine erhebliche Summe ausmacht und in der Industrie besser angelegt wäre als in den Berufsgenossenschaften. Ich bedaure, daß schon jetzt die Klagen solche Dimensionen angenommen haben. Daß den Unternehmern die Freude an der sozialen Arbeit der Unfallversicherung genommen wird, ist im Interesse der Reichsversicherungsberechnung, die des deutschen Namens würdig ist, zu bedauern.

Kaiserlicher Rat Aurin: Von einer Rentenquetscherei durch die Berufsgenossenschaften kann keine Rede sein. Etwa 80 Prozent des Bedarfs sind gedeckt. An eine volle Deckung denkt kein Mensch. Die Klagen, die die Regierung verlangt, sind außerordentlich milde. Die Ansammlung des Reservefonds ging sehr schonend vor sich. Kommen Schwierigkeiten, dann wird das Versicherungsamt auch Milderungen eintreten lassen.

Abg. Siebenbürger (lonf.): Wir begrüßen die Einbeziehung der Landkassen in die Reichsversicherungsberechnung. Sie haben sich gut bewährt und heute wird nicht nur in Berlin und Umgebung, sondern in ganz Deutschland

der Ruf nach der Landkassenfasse.

laut. Ein Mangel ist die Höhe der Rationen, die für die Versicherungsberechnung gefordert wird. Die bürgerlichen Parteien mögen sich an den Kassenkassenwahlen eifriger beteiligen, sonst wird die Sozialdemokratie bald wieder zur Oberherrschaft in den Kassen kommen. Gleichzeitig appelliere ich an die Regierung, ihr Verhüttungsrecht dahin anzuwenden, daß nicht Agitatoren in diese Stellen hineinkommen. (Unruhe bei den Soz.) Der Zentrumssolution werden wir zustimmen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die zahlreichen eingeladenen Vorwürfe, die der sozialdemokratische Redner hier vorgebracht hat, kann ich auf ihre Richtigkeit hin nicht prüfen, jedenfalls handelt es sich aber in einer großen Zahl um Fälle, die vor dem preußischen Landtag gehören. Was die Reichsleitung betrifft, so hat der Herr Reichsanziger kein allgemeines Aufsichtsrecht bezüglich der einzelnen Bundesstaaten, sondern ist lediglich auf Grund der Verfassung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Gesetze grundsätzlich richtig durchgeführt werden. Ich bin bereit, alle hier vorgebrachten Fälle zu prüfen und mich diesbezüglich mit dem Handelsminister in Verbindung zu setzen.

Bei der weitaus größten Mehrzahl der vorgebrachten Beschwerden handelt es sich nicht um Beschwerden, die in der Mängelhaftigkeit des Gesetzes ihren Ursprung haben, sondern in der Durchführung des Gesetzes.

Das ist nicht verwunderlich. Eine große Zahl von Behörden sind mit der Durchführung des Gesetzes betraut worden, die früher wenig oder gar nichts mit dieser Materie zu tun hatten. Darum ist der Vorwurf ungerechtfertigt, daß die Behörden geschwörig gehandelt hätten. Lassen Sie uns Zeit, uns auch in dieses Gesetz einzuleben. Wir sehen hier dasselbe, wie bei anderen Gesetzen, wo auch zuerst ein Sturm von Beschwerden losbrach, die aber im Laufe der Zeit durch die Zentralbehörde auf ein Minimum beschränkt wurden.

Abg. Behrend (Wirtsh. Bgg.): Der Darlegung des Staatssekretärs, daß die Behörden über die Materie des Gesetzes nicht gehörig vertraut gewesen seien, kann man nur zustimmen, wenn es auch wünschenswert ist, daß diese Behörden sich gegenüber den Ratschlägen von Praktikern nicht ablehnend verhielten. Die Hineinziehung der Kinder der Bauern, der Söhne und Töchter des Hauses, die den Eltern bei der Arbeit helfen, finden in dem Kassenkassengesetz keine Begründung. Bei der Rentenentziehung könnte häufig etwas milder verfahren werden, überhaupt sollten die Ämter weniger bürokratisch vorgehen.

Abg. Feldmann (Soz.): Daß wir die Mittelstandsexistenzen vernichten wollen, trifft nicht zu, daran haben wir kein Interesse. Nach den Entscheidungen der Versicherungsberechnung gilt ein Erblindeter nicht als völlig erwerbsunfähig. Gleichzeitig entzieht man auch dahin, daß, wenn jemand den Kopf verloren hat, er sich auch daran gewöhnen kann.

Die Entscheidungen der Versicherungsbüros sind vielfach unmöglich. Zum mindesten müßte ein Existenzminimum festgelegt werden.

Ministerialdirektor Dr. Gaspar: Die Frage der Rationierung für die Befreiung von der Versicherungspflicht läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Die Landkassen haben sich bewährt. Ihre Vermehrung entzieht sich aber dem Einfluß des Reichsanzigers. Was die Versicherungspflicht der Haushalter betrifft, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so bezieht sie sich nur auf solche Kinder, die gegen Lohn beschäftigt werden. Nahrung gilt dabei nicht als Lohn. Die Rente zu erhöhen, wenn des Arbeiters Verdienst gestiegen ist, geht nicht an. Die Übernahme von Beamten der alten Kassen sieht den neuen Kassen frei und ihre Tätigkeit wird durch eine Dienstordnung festgelegt.

Die Regierung ist berechtigt, den Kassenbeamten die Befreiung von Reichsbeamten zu gewähren.

Außer Dienst können sich diese Beamten politisch und religiös frei betätigen, während die mittelbaren Reichsbeamten sich gewisse Beschränkungen aufzuerlegen haben.

Abg. Groß-Bieberau (lonf.): Die Landkassenfasse entsprechen den praktischen Bedürfnissen. Sogar in Großstädten, wie hier in Berlin, fordert man für die Dienstboten die Landkassenfasse. Wir wünschen ferner, daß den Kassenangestellten die Beamtenqualität erteilt wird, die dadurch dem Beamtenrecht unterstellt werden und nicht mehr für die Sozialdemokratie agitieren können.

Abg. Hoch (Soz.): Jede Befreiung eines Unternehmers von der Pflicht, seine Angestellten zu versichern, kann zu einer schweren Schädigung der Kassenfasse führen, deshalb müssen die Kassen das Recht haben, die Verhältnisse genau zu prüfen, und wo sie auch nur den geringsten Argwohn haben, auch eine Ration zu verlangen. Bei der Frage der Angestelltenverhältnisse der Berufsgenossenschaften und der Kassen-

fassenbeamten sollte die Regierung auf strengste Durchführung des Gesetzes achten.

Jetzt wird die Politik in die Kassen getragen, und zwar gegen die Sozialdemokraten.

Das Gesetz wirkt geradezu verheerend. (Glode. Präsident Dr. Raemys: Wegen der letzten Kürzung rufe ich Sie zur Ordnung. Unruhe.) Daß man nicht einmal mehr von Gesetzen sprechen darf. Wozu sind wir denn überhaupt hier. (Glode. Präsident Dr. Raemys: Ich verbiete mit jeder Kritik meiner Geschäftsführung und rufe Sie dieserhalb zur Ordnung. Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koschmann (Zentr.): Wir bitten, die Resolution beitragend auf Festlegung des Begriffs Facharbeiter zu berücksichtigen. Die Unfallziffern im Vergleich sind leider immer noch im Steigen, trotz der Erhöhung der Zahl der Sicherheitsmänner. Diese sollten aber vor allem geschützt werden gegen Übergriffe ihrer Vorgesetzten.

Abg. Feiger (opt.): Die Klagen über Rentenquetscherei sind berechtigt. Bezuglich der Dienstbotenversicherung hätte die preußische Versicherung für genügende Aufklärung sorgen müssen. Die Konservativen werden die Landkassenfassen bald gegen die Ortskassenfassen eintauschen wollen, denn wenn die leistungsfähigen Betriebe aus den Landkassenfassen ausgeschieden sein werden, wird man die Beiträge heraus- und die Leistungen herabsetzen.

Abg. Astor (Zentr.): Das Hilfsarbeiterwochen in den Berufsgenossenschaften muß eingeschränkt werden. Darin sind schon Besserungen eingetreten. Auch die Anwürfe des Sozialdemokraten (Glode. Vizepräsident Dove bittet, diesen Ausdruck zu unterlassen.) Vorwürfe des Abg. Giebel gegen die Organisation der Berufsgenossenschaften sind ungerechtfertigt. Wenn der Abg. Bauer von einer schwankenden und unsicheren Rechtsprechung des Versicherungsamts spricht, so muß er bedenken, daß bei jedem Unfall besondere Verhältnisse obwalten.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Bei Beratung der Reichsversicherungsberechnung haben die schwammigen Bestimmungen für die Haushaltstreibenden eingetragen. Es wurde damals von der Regierung die wohlwollende Handhabung der Bestimmungen versprochen. Tatsächlich ist das Versprechen nicht gehalten worden; ich bin schwer enttäuscht darüber. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Unter den Körbner in Franken herrscht eine offene Empörung, daß sie fälschlich als Heimadeiter betrachtet werden und versicherungspflichtig sind.

Ministerialdirektor Dr. Gaspar: Die Verhältnisse im Körbnergewerbe sind zweifellos schwierig. Die Untersuchung der Frage ist noch nicht abgeschlossen. Auch das Augenmerk in der Vergangenheit wird daraufhin noch untersucht, ob es als eine Verfassungskraft anzusehen ist.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmungen werden morgen vorgenommen. Die Denkschrift wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr verlegt; vorher kurze Anfragen.

Schlüß 7 Uhr.

#### \* Zur Geschäftslage des Reichstags.

\*\* Berlin, 12. Febr. Der Senatorenkongress des Reichstags trat heute vor der Plenarsitzung zusammen, um über die Geschäftslage zu beraten. Es wurde beschlossen, heute das Reichsamt des Innern, wenn möglich, zu Ende zu führen. Am Sonntag soll der Staat des Reichsjustiziamts beginnen. Dem Senatorenkongress lag ein vom Bureau des Reichstags ausgearbeiteter Kontingenztionsplan für die Staatsberatung vor, nach dem es ermöglicht werden soll, die zweite und dritte Lesung noch vor Ostern fertigzustellen. Ein Besluß darüber wurde nicht gefasst, da Bedenken gegen die Möglichkeit der Einhaltung des Planes erhoben wurden.

#### Abgeordnetenhaus.

Einiger Drahtbericht des Wiesbadener Tagblatts.

§ Berlin, 12. Februar.

Es liegen Anträge der Nationalliberalen und der Konservativen, betreffend den Schuh der Arbeitswilligen vor. Ein nationalliberaler Antrag betrifft das passivere Wahlrecht der Beamten und ein sozialdemokratischer betrifft eine Denkschrift über den Arbeitswilligenwahlgang.

Abg. Gassel (Fortschr. opt.): bedauert die Entgleisungen des Abg. Hoffmann, bittet aber von einer Änderung der Gesetzesordnung abzusehen. Die Unzulässigkeit der Abstimmung im Kreis Nieder-Barnim hält er für einen ungesehlichen Raub. Die Arbeitswilligen zu schützen, dazu genügten die polizeilichen Vorschriften. Wahlkästen haben schon alle Parteien mit der Sozialdemokratie getroffen. Den sozialdemokratischen Antrag Braun wollen wir gern prüfen. In Münster ist ein Sozialdemokrat wegen seines jüdischen Glaubens abgelehnt worden. Die Beschwerde hatte keinen Erfolg. Wir protestieren, daß wir als Bavarier behandelt werden. Der Wit des Herrn Kardorff, mich als König von Berlin zu bezeichnen, war stumpf. Seine Rede war eine Schande.

Die Konservativen haben die Königstreue für sich nicht allein gepachtet.

Wir wollen jedoch, ohne die Rechte der Krone zu verbürgen, daß das Parlament eine wirkliche Bedeutung hat.

Minister Dr. Dallwitz: Die Klagen über importätische Behandlung der jüdischen Staatsbürger sind unberechtigt. Er habe nur die Angriffe der Stadt Berlin zurückgewiesen. Die Vorwürfe, daß wir die Grundzüge der steuerlichen Gleichberechtigung verleben, sind unbegründet.

Abg. Kortau (Pole): Die Durchführung des Reichsvereinigungsgesetzes durch die preußischen Behörden widerspricht dem Wortlaut des Gesetzes. Die bisherige Anwendung des Arbeiterlegitimationsgesetzes führt zu Schikanen. In Mölln ist ein Mädchenhändler, der aus Österreich ausgewandert war, von der Polizei unterführt worden. Wenn der Landwirtschaftsminister Herren von Liebmann bittet, die Angriffe gegen ihn einzustellen, so beweist das, daß eine Regierung vorhanden ist.

Unterstaatssekretär Holtz: Die Information des Vortreders über die Unterstüzung des Mädchenhändlers durch die Polizei in Mölln läßt bezüglich ihrer Richtigkeit zu wünschen übrig. Auch die wiederholte von den Polen verbreitete Erklärung, wonach Polizeibeamte Briefschaften von Polen aus den Briefkästen entnommen hätten, ist eine Verdächtigung, die durch nichts bewiesen werden kann. (Beifall rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.): Die Rede Hoffmanns war ein Att der Rote, es war die Antwort auf die Vergewaltigung, die man den Rednern unserer Partei einige Tage vorher angetan hatte.

Wenn Sie die Gesetzesordnung ändern und unsere Kritik erdroheln wollen, so versuchen Sie es nur. Wir werden schon das sagen, was wir für unsere Pflicht halten. Wenn der Abg. Hoffmann ein paar mal entgleiste, so ist das nicht so schlimm. Das kommt überall einmal vor. Es ist doch länglich die Tonart des „Berl. Tagblatts“ als bundesweite bezeichnet worden, aber die bürgerliche Gesellschaft treibt eine Vogel-Strauß-Politik und sieht ihre eigenen Fehler nicht. Es ist kein Zweifel, daß unsere Kritik vielfach in standesärmerer Weise ausgetragen wird. Herr Fuhrmann hat gestern eine Schriftmache gegen die großen Stils gehalten. Sein Ziel ist die Erfüllung der Gewerkschaften im Interesse des Unternehmertums. Der Abg. Fuhrmann verbündet sich mit jener Seite (nach rechts), die sogar die Beseitigung der Freiheit wünscht und die Arbeiter in den Zustand der Sklaverei versetzen will. (Widerspruch rechts.) Aus nichtigen Gründen werden Ausländer ausgewiesen. Deshalb bitten wir um Annahme unseres Antrags.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. v. Kortau (lonf.), Gassel (opt.) und Kortau (Pole) wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr verlegt.

Schlüß 5 Uhr.

#### Letzte Drahtberichte.

Ein Besuch des Reichskanzlers in Hamburg.

wb. Hamburg, 12. Febr. Der Reichskanzler wird einer Einladung des Senats entsprechend, in den ersten Tagen des März in Hamburg besuchen.

Die Stellung des Reichskanzlers.

s. Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Stellung des Reichskanzlers, die noch vor einigen Wochen so unheilbar erschüttert erschien, ist, wie wir schon neulich andeuten konnten, inzwischen gestigter und gesicherter geworden denn je. Die ganze Haltung des Reichskanzlers bei jeder öffentlichen politischen Kundgebung der letzten 14 Tage läßt das deutlich erkennen. Während der Reichskanzler in der denkwürdigen Antwort auf den Angriff des Abgeordneten v. Kortau (lonf.) unmittelbar nach der Konferenz von Potsdam — trotz aller Ablehnungen — den Eindruck nicht nur des politischen, sondern auch des physischen Zusammenbruches machte und die Konservativen flehentlich um Schonung bat, zeigt der Reichskanzler neuerdings die denkwürdige Vornehme und sieht auch Konservativen gegenüber, wie das auch in der gestrigen Rede auf dem Deutschen Landwirtschaftstag hervorging, doch eine gewisse Festigkeit erkennen. In politischen Kreisen glaubt man heute wieder, daß Herr von Bismarck-Hollweg über die Kieler Woche hinaus den Kanzlerposten in Thüringen frei werde und, wenn überhaupt der Stellvertreter in Thüringen frei werde, der Nachfolger nur im Sinne des jetzigen Reichskanzlers erwählt werden wird. In politischen Kreisen tritt man dieser Wendung der Dinge im Zusammenhang mit der Tatsache, daß gewisse offenkundige Verstimmungen zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen jetzt angeblich völlig beseitigt sein sollen und daß an dieser „Aussöhnung“ Herr v. Bismarck-Hollweg das Hauptverdienst tragen soll.

Bundesratsbeschlüsse.

wb. Berlin, 12. Febr. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde die Übersicht der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1913 zur Kenntnis genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurde überwiesen: der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Postdampferverbindungen mit überseeischen Ländern, und der Entwurf einer Verordnung, betr. die Änderung der Bestimmungen über die Tagessalden u. a. der Betriebsbeamten der Reichseisenbahnderverwaltung. Die Wahl von Mitgliedern der Disziplinarfammer für Elsaß-Lothringische Beamte und Lehrer in Straßburg wurde vollzogen. Über die Befreiung einer Stelle des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung wurde Besluß gefaßt. Der Zollverwaltungsstellen für Oldenburg und der Salzsteuerverwaltungsstellen für Anhalt wurden genehmigt. Zur Annahme gelangt die Vorlage, betr. die Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Kaligesetz, der Entwurf eines Gesetzes, betr. Änderung der §§ 33 und 33a usw. der Gewerbeordnung, und der Entwurf eines Gesetzes gegen die Gefährdung der Zugänge durch Kurzanschaltung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen.

Zusammentritt des nationalliberalen Parteivorstandes.

s. Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei tritt am 29. März zu einer Sitzung in Berlin zusammen.

Die konservativen Abänderungsanträge der Gesetzesordnung im preußischen Landtag.

# Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht) Wie der „Volksanzeiger“ in Beistellung unserer bereits gebrachten Nachricht über Verhandlungen im Abgeordnetenhaus berichtet, sind zwischen den bürgerlichen Parteien tatsächlich Verhandlungen im Gange, die darauf abzielen, die bisherigen unbeschränkte Rechte der Konservativen zu begrenzen. Konservativen und Nationalliberalen wären geneigt, die Dauer der Reden auf zwei Stunden festzulegen, während die Konservativen dem Redner nur eine Stunde bewilligen und dann das Haus befreit wissen wollen, ob es geneigt sei, den Redner weiter anzuhören. Wie die „Post“ dazu noch erfahren haben will, haben die bürgerlichen Parteien beschlossen, fünfzig den Sitzungssaal während der Reden des Abgeordneten Hoffmann zu räumen und den Verkehr mit dem Abgeordneten auf die unvermeidliche Erledigung des Geschäftlichen zu beschränken.

Eine Kluft in der nationalliberalen Partei?

s. Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die geistige Abgeordnetenhausrede des Abgeordneten Kortau, des bekannten Begründers und Führers der „Nationalliberalen“ Gesellschaft, hat auf neue Eindrücke hervorgerufen, daß zwischen den Nationalliberalen und den alten Nationalliberalen, oder, wie man auch sagen kann, zwischen der preußischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion die Kluft immer breiter und tiefer wird. Insbesondere die Bereitwilligkeit des Abgeordneten Kortau, an einer gesetzlichen Regelung des Schuhes der Arbeitswilligen mitzuwirken, steht in schärfstem Gegensatz zu der Stellung der Reichstagsfraktion. Es fragt sich heute nur noch, unter wem der größere Teil der Partei steht, ob hinter Kortau, ob hinter Fuhrmann, ob hinter Hoffmann. Eingeweihte Kreise wollen wissen, daß ein großer Teil der Reichstagsfraktion





deutscher Reichskanzler aus seiner nicht bloß verfassungsmäßigen, sondern auch moralischen Verantwortung heraus anders gar nicht sprechen kann, so bleibt es doch anzuerkennen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg seine Gewissenspflicht in einwandfreier Weise erfüllt hat. Seine etwaige Voraussetzung, daß der den Hörern lieblich stimmende Teil der Rede den weniger angenehmen Teil über die Klippen austastenden Vertrüsse hinwegheben werde, hat sich nun freilich nicht bestätigt. Die Konservativen sind unviersch, und sie zeigen es. Die Konservativen überhaupt sein Wort sagt, die weniger auf Diplomatie eingestellte "Deutsche Zeitung" aber schimpft. Das Bündlerblatt begreift nicht, wie der Reichskanzler dazu kam, gerade im Landwirtschaftsrat die Gefahr staatlicher Absonderung und Vereinzelung an die Wand zu malen. Der Preußensbund steht doch ohne Zweifel auf dem Boden des Reichsgedankens, und wenn er die unberechtigten Anträge gegen die Vormacht zurückweise, so befämpfe er in Wirklichkeit eine gefährliche Art des Partikularismus. Als dialektische Leistung nicht übel, sonst aber so unhaltbar, daß man sich mit dieser Spitzfindigkeit nicht weiter zu beschäftigen braucht. Am auffälligsten ist die "Deutsche Tageszeitung" über den Satz des Reichskanzlers: "Sollen wir gegen die Ausartung demokratischer Einrichtungen, welche die Schöpfer des Reichs in der ausgesprochenen Absicht geschaffen haben, die partikularistischen Neigungen der deutschen Stämme niederzuhalten, sollen wir da Hilfe und Abwehr suchen in der Neubelebung ebensolcher partikularistischer Tendenzen?" Das Verbrechen des Herrn v. Bethmann-Hollweg besteht offenbar darin, daß er gewisse Einrichtungen des Reichs "demokratisch" genannt hat und nicht nur unzufrieden mit diesem Zustande ist, sondern sich die Auffassung aneignet, diese Begeuge von Demokratie sei zur Sicherhaltung partikularistischer Neigungen von Nutzen. Wir brauchen hier den Kanzler nicht gegen beschränkte und schwiege Anträge zu verteidigen, und es ist auch nicht erforderlich ihn übermäßig zu loben, weil er eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen hat, aber die Reugier reibt sich wiederum, wie lange es Herr v. Bethmann-Hollweg anstreben wird und kann, wenn er bei all seinem guten Willen, sich die Konservativen zu versöhnen, immer aufs neue den Ton der Rechten herausfordert. Er will ihm selbstverständlich nicht herausfordern, jedoch macht sich das stets von selbst, weil ein Reichskanzler nach dem Herzen des Grafen Hör v. Wartenburg und des Herrn v. Oldenburg-Januschau nicht möglich ist.

### Die Notwendigkeit der Volkstümlichkeit des Rechts.\*

Von Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, M. d. A. und M. d. R.

Einer unserer Größen im Reiche des Rechts, Friedrich Karl von Savigny, hat den schönen Ausdruck getan, daß das Recht kein Dasein für sich habe; sein Wesen sei vielmehr "das Leben der Menschen selbst — von einer besonderen Seite angesehen". Freilich hat er sein eigenes Wort nicht in seiner vollen Tragweite übersehen, zum wenigsten nicht betätigt. In seinem berechtigten Kampfe gegen die Überspannung des Naturrechts, das seine Begriffe im luftleeren Raum vollkommenere Voraussetzunglosigkeit, losgelöst von Ort und Zeit, bildete, verließ er in den entgegengesetzten Fällen, daß Recht lediglich unter dem gesichtlichen Gesichtspunkte als etwas Geordnetes zu betrachten und darüber das warende Recht, das Recht der Gegenwart und der Zukunft zu vernachlässigen. Erst sein Schüler und späterer Widerpart, Rudolf von Thiering, rang sich durch das römische Recht über das römische Recht hinaus und bahnte den Bestrebungen den Weg, die heut darauf ausgehen, Recht und Leben miteinander in Fühlung und dauernde Verbindung zu bringen. In diesem Sinne ist die Vollständigkeit des Rechts die Forderung des Tages, bei der nicht sowohl mehr streitig ist, ob sie begründet

\* Aus "Deutsches Recht", volkstümliche Zeitschrift zur Verbreitung von Rechtskunde. 8. Jahrgang. Herausgegeben von Amtsgerichtsrat Seide. Verlag Koch u. Vans, Berlin N. 4.

ist, als vielmehr, wie sie verwirklicht werden kann. Diese ihre Verwirklichung aber muß auf zwei Wegen erfolgen. Volkstümlich soll unter Recht sein, indem sein Inhalt mit der Überzeugung des Volkes in Übereinstimmung stehen soll. In dieser Hinsicht kann es aber nur volkstümlich sein, wenn das Volk sein Recht versteht. So lange es den Gejeten und ihrer Anwendung verständnislos und eben deshalb fremd, gleichgültig und mißtrauisch gegenübersteht, kann gar nicht davon die Rede sein. Daß es auf ihren Inhalt denjenigen Einfluß ausübt, der die Brücke zwischen dem Empfinden der Nation und der Technik der Gesetzesgebung und der Rechtspredigung schlägt. Wir sehen denn auch, wie zwar alle Welt auf Recht und Justiz schimpft, aber gar nicht daran denkt, sich an der Mitarbeit an der eigentlich juristischen Ausgestaltung unserer Verhältnisse zu beteiligen. Wie ist der Saal unserer Parlamente leerer, als wenn die Beratung des Justizrats oder einzelner Justizgebele auf der Tagesordnung steht; nur ausnahmsweise beteiligen sich Laien an ihr und versäumen der Regel nach nicht, in etwas wörtlichem Ton gewissermaßen um Entschuldigung dafür zu bitten, daß sie es überhaupt tragen, den geholigten Boden der Thematik zu betreten. Als ob es nicht ihre ureigenen Angelegenheiten wären, die hier besprochen, umstritten, entschieden werden! Als ob nicht die Technik der juristischen Fassung nur das Gewand wäre, das den lebendigen Körper des Volks in seinem wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen Wesen und Wirken umgibt und umschließt. Nur wenn dieses Gewand dem Körper, den es umhüllt, gut angezogen ist, wenn es nicht zu weit und nicht zu eng ist, ihn vor Unbillen und Angriffen schützt und ihn doch nicht einschürt und einengt, kann und wird sich unser Volk wohl in ihm fühlen. Deshalb darf es aber auch nicht seine Herstellung dem juristischen Kleiderkünstler allein überlassen; deshalb muß es ihm kundtun, wo es ihm nicht zusagt, wo es Risse hat oder wängt und breit; deshalb muß es selbst mit Hand anlegen, damit es ihm auf den Leib zugeschnitten ist. So ergibt sich die Stufenleiter unserer Forderungen: Verständnis des Volkes für sein Recht, aus dem sich alsdann das Interesse für das Recht entwickelt, das schließlich zur bewußten und freudigen Mitwirkung an der Gestaltung des Rechts führt.

### Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser nahm Donnerstagmittag im Berliner Schloß den Vortrag des Chefs des Generalstabs der Armee v. Moltke entgegen.

Der Präsident des Hansabundes, Heinrich Rieker, ist nach zweimonatigem Aufenthalt in Amerika gestern in Rom eingetroffen.

\* Längerer Aufenthalt der Kaiserin in Braunschweig. Die Kaiserin trifft am 25. Februar zu einem vierwöchigen Besuch in Braunschweig ein.

\* Ein Besuch des Grafen Berchtold in München. Die Wiener "A. & Br." melde: Der Minister des Außen Graf Berchtold wird mit seiner Gemahlin anfangs März zu einem zweitägigen Aufenthalt in München eintreffen, um dem König und der Königin seine Auswartung zu machen und dem Großen Konsul den Gegenbesuch abzustatten, der schon im vorigen Jahre beabsichtigt war, aber wegen der damaligen alten Balkanskrise unterblieben mußte.

\* Was man von Sasonows Verhöhnung zu halten hat. Einige Petersburger Blätter geben die in Deutschland verbreitete Verhöhnung der Äußerungen Sasonows im Budgetausschuss wieder. Demgegenüber versichert nach einer Meldung der "Frankl. Zeitg." eine durchaus zuverlässige Seite, daß die Äußerungen ursprünglich in der bekanntgewordenen Fassung gemacht worden seien.

\* S. Zentrum und Basilika. Von unserem römischen Korrespondenten wird uns geschrieben: Nachdem meine Angaben, wonach Kardinal Kopp in seinem Vorgehen gegen die Kölner im allgemeinen und gegen den Bischof von Paderborn im besonderen lediglich den Weisungen des Papstes gefolgt war, durch die letzten Erklärungen des Kardinalstaatssekretärs Herrn des Bal nach Wien hin ihre Bestätigung erhalten haben, bedarf es lediglich noch der Feststellung, daß die Empörung über das Verhalten des Zentrums im Vatikan nach Bekannt-

leben sein werden, auf der Bühne jedoch ermüdeten. Die kleinen Nebengeschichten, die Gattin, die nicht ohne die Rue de la Paix leben kann, die Tochter, die erst den Sohn des großen Kardinals mit ihrem landwirtschaftlichen Eifer bestritten will, dann dem aus anarchistischem Milieu hervorgegangenen und zum großen Automobilfabrikanten bestimmten Chauffeur des Papas die Hand reicht — dies und anderes war recht niedlich, aber nicht überwältigend. Der frühere Verteil-Virtuos Bilbert gab Cocotte zu vaudouartig; sonst war die Darstellung sehr bewerkstelligt. Antoine, der sich im entlegenen Odéon recht sehr entmutigen ließ, wird dank der Freundschaft des Unterrichtsministers Viviani mit neuer Kraft eingesetzt; das Schreiben, mit dem Viviani vor den Parlamenten die Extraubvention von 125 000 Franken zur Verhinderung eines Krachs begründet, ist voll der Anerkennung für Antoine's Bemühungen. C. V. B. M.

### Kleine Chronik.

Theater und Literatur. "Jettchen Geberl", das vielversprochene Schauspiel von Georg Hermann, das gestern am kleinen Theater zu Berlin zum 20. Male in Szene ging, wurde fürsichtig auch am Königberger Neuen Schauspielhaus zum 25. Male gespielt.

\* Aufzug, das Drama von John Galsworthy, das in England den Anstoß zu einer Änderung des Gefängniswesens gegeben hat, konnte sich in Prag bei seiner Erstauflage im Deutschen Theater nicht die Gunst der Zuschauer erobern. Der schwache Beifall nach den Aufzügen galt nur den Schauspielern.

\* Französisch-Schillerreich hat ihre künstlerische Tätigkeit am Deutschen Schauspielhaus zu Hamburg aufgegeben, um als Nachfolgerin von Ruscha Duwe in den Verband des Königlichen Schauspielhauses in Berlin einzutreten.

\* Der Lustspielschriftsteller Alfred Capus wurde zum Mitglied der Académie française gleich im ersten Wahlgang mit 16

Stimmen gewählt, während sein Gegenkandidat, der frühere Ministerpräsident Bourgeois, mit 18 Stimmen in der Minderheit blieb. Bei der radikalen Partei hat die Niederlage Bourgeois' peinliche Überraschung hervorgerufen.

In Wien hat der Verband deutscher Bühnen-Schriftsteller gestern einen für die deutsche Schriftstellerwelt hochwürdigen Beschluß gefaßt. Gegenstand der Verhandlungen waren die alten Klagen, doch am Wiener Burgtheater die deutschen Autoren ungünstiger behandelt werden als fremdländische. Gegenüber deutschen Bühnenschriftstellern geht die Intendantur grundsätzlich keine Aufführungspflicht ein, ebensoviel läßt sie sich auf einen Aufführungstermin festlegen. Mit den Ausländern verschärfen man nicht so streng, ihnen gewährt man alle Vergünstigungen, um diese bereits fast sechs Jahre andauernden Verhandlungen bisher kein Resultat ergeben haben, hat der Verband gestern unter dem Vorsitz Ludwig Fuldas den Beschluß gefaßt, ein Ultimatum zu stellen, die Bedingungen für die deutschen Autoren zu ändern, widrigfalls Gegenmaßregeln ergriffen werden sollen.

\* Bildende Kunst und Musik. Gustav Pauli, der Direktor der Bremer Kunsthalle, hat den ihm angebotenen Posten des Direktors der Hamburger Kunsthalle angenommen. Er wird somit Richtworts Nachfolger.

\* Die Königl. Bayerische Kammer-Sängerin Adelie von Krouse-Osborne erhielt gelegentlich eines Hoffzongerates vom Fürsten zu Schleswig-Holstein die 1. Klasse des Ordens für Kunst und Wissenschaft und vom Herzog von Coburg-Gotha die goldene Medaille mit der Krone.

\* Wissenschaft und Technik. Das Technikum Altenburg, S. A., eine unter Staatsaufsicht und der Direktion des Ingenieurs Professor Notat stehende höhere und mittlere technische Lehranstalt, tritt in das 39. Semester seines Bestehens ein.

Sitzung zusammen, die von Delegierten aus allen Teilen des Deutschen Reiches besucht war. Für die Beratungen des Ausschusses sind zwei Tage in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe wichtiger handelspolitischer Fragen.

\* In Sachen der Luftbarkeitssteuer der Stadt Berlin hat der Bezirksausschuss die Klage des Birkus Busch und des Wintergartens abgewiesen und damit die Steuerordnung der Stadt Berlin für gültig erklärt. Die Kläger werden beim Oberverwaltungsgericht Berufung einlegen.

\* Der Kronenklassenfrieden. Auch in Stolp ist es zwischen den Arzten und den Kronenklassen durch Vermittlung des Regierungspräsidenten von Köslin zu einer Einigung gekommen. Es ist ein neuer Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen worden.

\* Eine Bischofskonferenz in Luxemburg. Zu einer Bischofskonferenz bei Bischof Koppe in Luxemburg sind gestern Bischof Korum (Trier) mit seinem Sekretär Erb und Weihbischof Höhling von Langenau (Paderborn) eingetroffen.

\* Ein neuer Frauenstimmrechtsbund. Die Frauenstimmrechtsvereine, die nach der Eisenacher Tagung aus dem Deutschen Verband für Frauenstimmrecht ausgetreten sind, haben sich unter dem Namen „Deutscher Frauenstimmrechtsbund“ zu einer auf völlig demokratischer Grundlage beruhenden neuen Organisation zusammengeschlossen.

\* Zur Vereinigung von Mülheim und Wertheim mit Köln. Der rheinische Provinzialtag hat beschlossen, die Eingemeindungs vorlage Köln-Mülheim-Wertheim einstimmig zu befürworten.

#### Parlamentarisches.

In der Reichstagskommission für die Sonntagsruhe führte gestern ein Sozialdemokrat aus, man solle wie in England den Arbeitern schon den Samstag freigeben. Er forderte die Vorlegung weiteren Materials über die englische Gesetzgebung. Ein Regierungsvorsteher sagte die Beschaffung dieses Materials zu. Ein Beschluss wurde gestern nicht gefasst.

40 Jahre Reichstagsabgeordneter. Dem Abg. Horn, der augenscheinlich wegen Erkrankung sich in Reisse aufhält, ging laut „Kölner Volkszeitung“ folgendes Telegramm zu: „Zum heutigen Tage, an dem Sie vor 40 Jahren in den Reichstag eingetreten sind, spreche ich Ihnen meine aufsichtsreichsten Glückwünsche aus. Dr. Saemps, Präsident des Reichstags.“ Abg. Horn ist an einem griechischen Leiden erkrankt.

#### Heer und Flotte.

Oberst v. Reuter ist Mittwochabend in Frankfurt a. d. O. angelommen und hat vorläufig in einem Hotel Wohnung genommen. Heute wird der kommandierende General des 8. Armeekorps, General v. Kochow, in Frankfurt a. d. O. eintreffen, um dem Obersten sein Regiment Nr. 12 zu übergeben. Die Ankunft des Obersten war geheim gehalten worden, so daß nur wenige Offiziere der Garnison auf dem Bahnhof zum Empfang erschienen waren.

\* Der Schnurrbart der Gardisten. Eine eigenartige Verfugung hat der kommandierende General des Gardekorps, Exzellenz v. Pleitzenberg, erlassen: Unteroffiziere und Mannschaften sind darüber zu belehren, daß die moderne Uniform — Abschneiden des Schnurrbartes bis auf wenige Haare unter der Rose — sich nicht für den preußischen Soldaten eignet und der Eigenart der Deutschen nicht entspricht. Diese Verfugung richtet sich gegen die nach englischer Sitte gebräuchte Schnurrbarttracht, die man bisher stillschweigend geduldet hat. Im Offizierkorps hat allerdings diese Uniform eine viel größere Verbreitung gefunden; ob auch in dieser Hinsicht „einfachendende“ Maßnahmen erlost sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

#### Deutsche Schutzgebiete.

Kiautschou im Jahre 1913. Über die Entwicklung des Kiautschougebietes bis zum Ende des Jahres 1913 hat das Reichsmarineministerium einen Bericht herausgegeben, der einleitend bemerkt, daß ungeachtet der Wirren in China, die im Jahre 1913 gerade in dem nahegelegenen Hafenplatz Shanghai zu heftigen Ausbrüchen führten, die Entwicklung Tschinktau in diesem Jahre eine gesunde gewesen ist. Nicht allein hat das Wirtschaftsleben der Kolonie in seinen bisherigen Zweigen beständig Fortschritte gemacht, sondern es sind in diesem Jahre die Grundlagen zu einer weiteren Entwicklung auf ganz neuen Gebieten des Wirtschaftslebens sowie zu einer erheblichen Ausdehnung der östlichen Einflussphäre des deutschen Säufens auf ein weiteres Hinterland gelegt worden. Aus der Denkschrift heben wir folgendes hervor: Aus dem Stadium einer reinen Handelskolonie scheint Kiautschou nunmehr in dasjenige einer ausstehenden Industriegebiete einzutreten. Nach vielseitigen Beobachtungen der Marineverwaltung scheint das Zustandekommen einer deutschen Eisenwerke, an welches sich voransichtlich weitere gewerbliche Unternehmungen anschließen werden, nunmehr Tatsache werden zu wollen. Fernerhin ist nach langjährigen Verhandlungen mit den chinesischen Behörden jüngst eine erhebliche Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in dem Hinterland der Kolonie erreicht worden, die demnächst, nach Abschluß der noch schwelenden Einzelvereinbarungen, in Angriff genommen werden soll. Damit wird einerseits der deutschen Industrie die Aussicht auf neue, umfangreiche Aufträge eröffnet, andererseits aber dem deutschen Hafen von Kiautschou und dem deutschen Handel ein wesentlich vergrößertes, vollwirtschaftlich außerordentlich ausstehendes Veräußerungsgeschäft in Tschinkau und seinen Nachbarprovinzen erschlossen. Der Einfuhrhandel hat eine erhebliche Steigerung aufzuweisen. Weniger günstig stellt sich das Bild bei der Ausfuhr. Der Gesamtwert des Handels hat 94 761 301 Dollar gegen 80 909 420 Dollar im Vorjahr betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 5,8 Prozent.

#### Ausland.

##### Österreich-Ungarn.

Die „Reichspost“ über die Rüstungen Russlands und Frankreichs. Wien, 12. Febr. Die „Reichspost“ erhält von militärischer Seite sehr bemerkenswerte Mitteilungen über Russlands Rüstungen. Zu dem Artikel heißt es: Die Geschichte über ungewöhnliche Rüstungen Russlands verdeckt sich. Schon vor Jahresfrist erging in Russland ein strenges Verbot über die Verbreitung jenseits der Karmeliten militärischen Nachrichten. Schon damals rüstete Russland mit der Orientierung gegen die Westfront. Im Dezember des vorigen Jahres erging der Befehl über die Herstellung des ältesten Präsenzjahrganges, wodurch 450 000

Mann mehr bei den Waffen zurückbehälten wurden. Gleichzeitig wurde das Recruitenamt um 25 000 Mann erhöht. Nunmehr ist noch ein Gesetz in Vorbereitung, das die Heranziehung aller bisher wegen Überzähligkeit vom Militärdienst Befreiten zur aktiven Dienstleistung in diesem Jahre anordnet. Ferner verlautei, daß Russland die Aufstellung von vier bis fünf weiteren Armeekorps beabsichtigt, deren Standort zum Teil Kiew, Odessa und Wilna sein werden. Die „Reichspost“ schreibt weiter: Der Zufall will es, daß Frankreich zu gleicher Zeit feierhaft rüstet. Man ist geradezu verblüfft, mit welcher Offenheit dort dem Neubau gedanken gehabt wird. Nachdem in ersten Studien französischer Militärs zu lesen ist, daß Russland unbedingt gleichzeitig mit Frankreich loszuschlagen müsse, wird man nicht schließen, in den Verteidigungsmaßnahmen Russlands nichts anderes als die Vorbereitung zu einem Aggressionskriege zu erkennen.

Das ein neues Korps in Galizien. Wien, 12. Febr. Die „Reichspost“ meldet, daß in Ostgalizien ein neues Korps zur Aufstellung kommt. Der Standort des Korpskommandos wird Stanislau sein. Die erste Meldung von der Aufstellung zweier neuer Korps ist abgetritten worden. Die vorliegende Nachricht darf als tatsächlich bezeichnet werden.

Demonstrationsumzüge der Arbeitslosen. Wien, 12. Febr. Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Partei veranstalteten 2000 Arbeitslose heute vormittag einen stillen Demonstrationsumzug vom Schwarzenbergplatz bis zum Rathaus. Am Ruge beteiligten sich auch zahlreiche Mitglieder des Reichstages, des Landtages und der Gemeindevertretung. Die Zugänge zum Parlament und zum Rathause waren abgesperrt. Die Kundgebung verlief vollkommen ruhig. Um 11 Uhr löste sich der Zug sichtungslos auf. — Lemberg, 12. Febr. Die Polizei schritt heute gegen die Arbeitslosen ein, die in mehreren Stadtteilen Ausschreitungen verübt haben. Mehrere der Arbeitslosen wurden verhaftet. Die Marktplätze werden polizeilich bewacht.

#### Frankreich.

Das Flottenprogramm Monis. Paris, 12. Febr. Auf die an dem Marinebudget gestellten Kritiken eingehend, erklärte der Marineminister Monis in der Kammer, daß die Verbündigung der atlantischen Küsten durch Unterseeboote, Kästenleitern, Flugzeuge und U-Boote gesichert werden müsse, denn die Konzentration der Kräfte im Mittelmeer sei eine strategische Notwendigkeit, solange die Verhältnisse sich nicht ändern.

#### England.

Homerule im Oberhause. London, 12. Febr. Die Auseinandersetzung bewegte sich im Oberhause in derselben Richtung wie im Unterhaus. H. a. erklärte Lord Roberts es für unabsehbar, daß die britische Armee zum Kampfe gegen die Revolutionären von Ulster aufgerufen werden könne. Eine solche Aktion würde den Ruhm der britischen Armee bedeuten. Der Antrag Midleton, die Homerulefrage durch allgemeine Wahlen dem Lande zu unterbreiten, wurde mit 243 gegen 55 Stimmen angenommen. Der Beschluss des Oberhauses hat keine politischen Folgen.

Asquith zu den Rüstungsaufgaben der Völker. London, 12. Febr. Premierminister Asquith empfing heute eine Abordnung des Parlamentarier-Komitees des Gewerkschaftskongresses. Asquith erklärte, er habe seine Meinung, betreffend die schweren Rüstungen der Rüstungsaufgaben der englischen und der anderen sogenannten industrialisierten Völker, bereits deutlich ausgedrückt. Niemand wäre ängstlicher besorgt, diesem Zustand ein Ende zu machen, als die englische Regierung, aber das wäre Heilmittel in einer gemeinsamen Aktion der Völker selbst.

Neue Wahlweisheitshandbücher. London, 12. Febr. Die von Carnegie geführte Bibliothek in Northfield bei Birmingham ist heute morgen niedergebrannt. Es scheint ein Anschlag von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts verübt zu haben. — Birmingham, 12. Febr. Der Türhüter im Hause des verstorbenen Chamberlain, eines Bruders von Chamberlain, fand heute morgen eine mit Pulver gefüllte Sackbüre mit einer Ründschur; die zur Entzündung bestimmte Lampe war allerdings ausgegangen. In der Nähe lag eine Postkarte an den Minister des Innern, die anscheinend von Frauenrechtlern herriß, mit der Bemerkung, daß der Friede zu bestreiten.

Keine offizielle Beteiligung in San Francisco. London, 12. Febr. (Unterhaus). In Erwideration auf eine Anfrage, ob die Regierung sich an der Weltausstellung in San Francisco beteiligen werde, erklärte Premierminister Asquith, die Regierung habe die Angelegenheit vor kurzem aufs neue beraten, habe aber ihren früheren Beschluss nicht ändern können.

#### Schweden.

Die Schwierigkeiten der Kabinettbildung. Stockholm, 13. Febr. Nachdem De Geer's Versuche, ein liberaler Ministerium zu bilden, gescheitert sind, hat König Gustav heute vier Liberale zu einer Konferenz geladen in der Hoffnung, sie durch persönliche Einflussnahme zur Übernahme von Ministerposten zu bewegen. Die Abgeordneten haben jedoch sämtlich den Wunsch des Königs abgelehnt und ihm erklärt, daß sie als Liberale nicht in ein Ministerium De Geer eintreten könnten.

Weitere Kundgebungen. Stockholm, 13. Febr. In den großen Restaurants von Stockholm wurden gestern die Kundgebungen fortgesetzt. Sven Södergran von Rosal und Söder, während man in den Räumen der Studenten, die gestern einen Kundigungszug vor dem Schloss veranstaltet hatten, eine Sammlung für den Anlauf von Maschinengewehren veranstaltete. In der Zwischenkammer legte gestern vor vollbesetztem Hause und überfüllten Tribünen der Ministerpräsident Dokumente über den Konflikt zwischen König und Ministerium vor. Daraus geht hervor, daß der Ministerpräsident am Tage vor dem Bauernzuge den Anhalt seiner (des Ministerpräsidenten Rede) zitierte, daß es der König aber abgelehnt hat, über seine (des Königs) Rede genauere Angaben zu machen. Ferner hat der König die vertraglichen militärischen Vereinbarungen in dem daraus entstandenen Konflikt selbst aufgezeichnet und ohne Kenntnis des Ministeriums der Presse zur Veröffentlichung übergeben. Branting, der Bauernführer, und Adam nahmen warn für den Ministerpräsidenten vor, der beim Verlassen des Reichstags von einer großen Menschenmenge stürmisch begrüßt wurde.

#### Balkanstaaten.

Ein Balkanfest in Belgrad. Belgrad, 12. Febr. Dem von dem Ministerpräsidenten Paschitsch zu Ehren ver-

gelobt gegebenen Dejeuner wohnten sämtliche Minister sowie die Gesandten Russlands, Griechenlands, Rumäniens und Montenegrins bei.

Deutsches Kapital für Albanien. Rom, 12. Febr. Der Prinz zu Wied hatte heute eine Unterredung mit Direktor v. Gwinnett von der Deutschen Bank, der mit dem Prinzen die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens besprach und die Beteiligung deutschen Kapitals an der in Albanien zu leistenden Arbeit in Aussicht stellte.

Rumänen schuf Bündnisse ab. Wien, 12. Febr. Nach hier vorliegenden, aus bester Bukarester Quelle stammenden Meldungen sind die Bemühungen Venizelos und Paschitsch, Rumänen zum Anschluß an den Balkanbund zu bestimmen, ergebnislos geblieben. König Carol habe diesen beiden Staatsmännern wiederoft erklärt, er wünsche sein Land unabhängig und frei von Bündnissen zu sehen.

Ankauf von Kriegsschiffen durch Griechenland. Athen, 18. Febr. Die Zeitung „Aegea“ erklärt, aus bester Quelle erfahren zu haben, daß die griechische Regierung augenscheinlich mit verschiedenen Staaten über den Ankauf von großen Kriegsschiffen verhandelt.

#### Nordafrika.

Die Bahn Tanger-Fez. Paris, 12. Febr. Die „Fronte militaire“ meldet: Die Vorlage, betreffend ein Übereinkommen über die Eisenbahn Tanger-Fez, die von der Generalkonsulanz und der spanischen Regierung angenommen worden war, ist endgültig festgestellt worden und wird dem französischen und dem spanischen Parlament bald vorgelegt werden. Die französischen und die spanischen Regierungen haben die endgültigen Vorarbeiten für den Bau und Betrieb der Eisenbahn Tanger-Fez der Wege und des Hafens von Tanger zwei Finanzgesellschaften übertragen, der Compagnie Générale du Maroc in Paris und der Compagnie Générale Espanole du Maroc in Madrid. Binnen drei Monaten, von der Genehmigung des Übereinkommens durch die Parlamente ab, wird eine Aktiengesellschaft nach französischem Recht mit einem Kapital von 15 Millionen Franken unter dem Namen „Französisch-Spanische Eisenbahngesellschaft Tanger-Fez“ als Tochtergesellschaft der beiden vorgenannten erichtet werden mit dem Sitz in Melilla und der Hauptverwaltung in Paris sowie einem Vertreter in Madrid. Vierzig Prozent des Kapitals werden die spanische, sechzig Prozent die französische Muttergesellschaft zu übernehmen befreitigt sein. Im Verwaltungsrat werden sechs Spanier und neun Franzosen sitzen. Die Eröffnung der Linie wird von beiden Endpunkten zugleich begonnen und schließlich durchgeführt werden.

#### Luftfahrt.

Eine Ballon-Fernfahrt. Bitterfeld, 12. Febr. Der Ballon „Leipzig 2“ der heute vormittag über Südschweden geflogen wurde, ist gestern abend vom biesigen Elektronen 2 aufgestiegen. Im Korb befinden sich drei Siegler Herren; die Führung hat Herr Besschow aus Biegnitz. Beim Bitterfelder Verein für Luftschiffahrt ist bisher keine Meldung über eine Landung eingetroffen.

Gefährliche Landung. Berlin, 13. Febr. Als gestern nachmittag der Oberleutnant Barnick vom Infanterie-Regiment Nr. 52 einen Übungslauf in die Umgebung des Flugplatzes Johannishof unternahm, blieb in der Nähe des Bahnhofs Oberspree der Motor infolge eines Defektes plötzlich stehen. Da dem Offizier in dieser kritischen Situation die Wahl eines passenden Landungsortes blieb, ging er in steilem Gleitflug nieder und geriet mit seinem Apparat in die Gipfel des Adlershofer Waldes. Der Sturz wurde hierdurch bedeutend gedämpft, so daß der Flieger nur mit leichten Verletzungen davonkam. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert.

Erfolgreicher Versuch mit einem neuen Fallschirm. Paris, 13. Febr. Der Ingenieur Ors sprang gestern mit einem von ihm erfundenen Fallschirm aus 800 Meter Höhe aus einem von dem Flieger Leonine geleiteten Eindecker und landete nach 30 Sekunden wohlbehalten.

Ein Flug über das Taurus-Gebirge. Konstantinopel, 12. Febr. Dem Militärlieger Fethi, der einen Flug von Konstantinopel nach Kairo unternommen hat, ist es gelungen, die Höhen des Taurus-Gebirges zu überfliegen, welche die französischen Flieger nicht überqueren konnten. Er landete gestern abend in Tarsus.

#### Aus Stadt und Land.

##### Wiesbadener Nachrichten.

— Wirklicher Geheimer Rat v. Magdeburg, der Chefpräsident der preußischen Ober-Rechnungsbehörde, des Rechnungsbehörde des Deutschen Reichs, in Potsdam, hat, wie schon kurz gemeldet, die Abtsch. demnächst in den Ruhestand zu treten. Wirklicher Geheimer Rat v. Magdeburg, jetzt wohl nahezu Siebziger, war früher lange Zeit Oberpräsident unserer Provinz. Er ist geborener Nassauer; sein Vater war der nassauische Hofkammerrat Magdeburg und seine Mutter starb hier vor wenigen Jahren. Herr v. Magdeburg weilt fast jedes Jahr in seiner Vaterstadt Wiesbaden, auch als Kurgast, und es ist daher wohl zu hoffen, daß er seinen Lebensabend hier zu verbringen gedenkt.

— Der Centralvorstand des Gewerbevereins für Nassau hielt gestern im Landtag eine Sitzung unter dem Vorstand des Verbandsdirektors Rechtmittel Dr. Bickel ab. Zu dem Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, dem der Centralvorstand im großen und ganzen zustimmte, nahm er nur in der Weise Stellung, daß er im § 1 des Gesetzes nicht bis 4, sondern bis 5 Stunden Verlauffschlußzeit für den Betrieb einheitlich geregelt zu wissen wünscht. Zu dem Entwurf eines neuen Betriebsordnungsmusters und Betriebszeitengesetzes, vorüber Landesbankdirektor Reich, berührte, wünschte der Centralvorstand einige Änderungen. Den vom Landtag aufgestellten Grundzügen eines Gesetzentwurfs über das Verdingungswesen (Referent: Regierungsbauamts a. D. Dr. Wolff) wurde im wesentlichen zugestimmt. Den Beirat zum Handelskund, worüber Architekt Albert Wolff berichtete, lehnte der Centralvorstand ab. Einen zustimmenden Standpunkt nahm noch ein Referent des Landesbankkunditus Reich der Centralvorstand zu der öffentlichen Lebenderverehrung in Nassau ein. Der Antrag der Fortbildungsschul-

Hilfslähter mit Ruhegehaltsberechtigung nach einem Probejahr stimmte, nach einem Bericht des Fortbildungsschulinspektors Stern, der Zentralvorstand im Prinzip zu und genehmigte die Anstellung eines Fortbildungsschul-Hilfslähters in Elbville und Limburg a. d. L. Annahme fand sodann der Antrag um Bestellung der Fortbildungsschul-Hilfslähter und der mit Ruhegehaltsberechtigung angestellten Lehrerinnen an den Mädchens-Fortbildungsschulen von der Krankenversicherungspflicht. Bezuglich der Neuorganisation der Mädchens-Fortbildungsschulen war der Zentralvorstand der Ansicht, sie einheitlich zu organisieren und neue Lehrpläne aufzustellen. Schließlich wurde die Anstellung eines technischen Beamten in der Person des Diplomingenieurs Engelman in Berlin genehmigt.

— Wo sind die Urnen? Ein Teil des Demminischen Bestandes an der Kapellenstraße in Wiesbaden, der befürchtlich nach dem Tod Demmins in die Hände des Deutschen Schriftstellerverbands als Vermächtnis überging, wurde vor kurzem veräußert, und zwar gerade die Urne des Sohns, die das Grabmal Demmins und seiner Gattin enthielt. Vorigestern sollte der Gedenkstein auf den Teil des Urnens, der dem Schriftstellerverband verblieb, übergeführt und die Urnen mit der Urne des Demminischen Theaters dort begegnet werden. Man war der Meinung, daß die Urnen, die Demmin und seiner Gattin liegen, unter dem Gedenkstein beigesetzt seien, da dies der lebenslange Wunsch Demmins gewesen. Als der Gedenkstein aber abgehoben war, zeigte sich darunter nur massives Mauerwerk, auf welches das Denkmal gelehnt war, die Urnen fanden sich jedoch nicht vor. Es liegt die Vermutung nahe, daß die beiden Urnen nach der Verbrennung der Leichen im Krematorium zu Heidelberg verblieben sind.

— Söder im Februar. Herr W. Voß in Sonnenberg („Rassauer Hof“) schreibt uns: „In Nr. 67 des „Tagblatts“ wird behauptet, der lebendige Apfelwein, von ausländischen Obst hergestellt, würde „lang und schwarz“, d. h. er würde verderben. Ich muß dem widersprechen, da ich fast ausschließlich französisches Obst gelesen habe. Der Apfelwein hat bereits ausgegoren und ist von einer ladelosen Süße und Herbe. Von „langem“ Apfelwein kann bei sachgemäßer Behandlung nie die Rede sein.“

— Ein Unfall stieß heute früh Ede Bleichströbe und Bismarck zu einem beladenen Petroleumfuhrwerk insofern zu, als ein Radreif platzte. Der Wagen blieb auf dem Geselle der Strombahn liegen und konnte erst nach langerer Zeit durch eine Anzahl Leute zur Seite gebracht werden, ohne daß dadurch indessen ein übermäßiger Aufenthalt entstanden war.

— Gestohlen wurde gestern nachmittag in der Mauerstraße ein Fahrrad, während der Eigentümer desselben wegen Aufnahme einer Bestellung in einen Laden getreten war.

— Kreidenverlehr. Kaiserlicher Geheimer Rechnungsgericht W. Kreden aus Berlin-Steglitz ist im „Hotel Adler Baden“ abgestiegen.

— Kleine Notizen. Die Nr. 7 der „Anstellungssachenrichten“ (so heißt jetzt, verdeckt, die frühere „Balanzenscheine“) liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblatts“ zur unentgeltlichen Einsicht offen.

#### Aus dem Vereinsleben.

##### Vereinsvorträge.

Am Vortr. „Frauenbildung — Frauenstudium“ sprach Prof. Dr. Adelheid Meuter über das Thema: „Wie soll man ein Kunstuwerk betrachten?“ In feinmischer Weise gehaltene Rednerin die Art des flüchtigen Betrachtens der Kunstuwerke leitete in seinen sehr interessanten Ausführungen den Gedanken der Einheitschule, der unter gesamtes Schulbildungswesen auf der einheitlichen Grundlage der gemeinsamen Unterrichten für alle Sonderschulen durchzuführen will. Vor dieses gemeinsame Grundlage aus soll dann später der Besuch der einzelnen höheren Schularten lediglich nach dem Geschäftsbuch der Besichtigung allen Schulen zugängig sein. Der ausgedrohne soziale Zug dieses Schulreformprogrammes kommt besonders in der Förderung zum Ausdruck, die jedem befähigten Schüler ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse und dem gesellschaftlichen Stand seiner Eltern das Studium ermöglichen will. Den Ausführungen folgte nach dem Berlingen des sehr lebhaften Beifalles noch eine längere Diskussion, in der eine ganze Anzahl von Rednern sich mit den Vorderungen des Referenten auseinandersetzen, und zwar sämtlich im zustimmenden Sinne. U. a. erwähnen wir auch Herrn Rektor W. Brodbeck in Wiesbaden, der die gegenwärtig durch den Frankfurter Schulfreit besondere aktuelle Frage einer mit grossem Interesse aufgenommenen Betrachtung unterzog.

#### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

##### Die nationale Einheitschule.

— Viecht, 12. Febr. Im gestrigen Vortragabend der Fortschrittlichen Volkspartei, der im Schützenhofsaal bei sehr guter Beteiligung abgehalten wurde, sprach Herr Rektor Rieder, der Vorsitzende des betreffenden Lehrervereins, über das Thema: „Die nationale Einheitschule“. Der Redner erinnerte in seinem sehr interessanten Ausführungen den Gedanken der Einheitschule, der unter gesamtes Schulbildungswesen auf der einheitlichen Grundlage der gemeinsamen Unterrichten für alle Sonderschulen durchzuführen will. Vor dieses gemeinsame Grundlage aus soll dann später der Besuch der einzelnen höheren Schularten lediglich nach dem Geschäftsbuch der Besichtigung allen Schulen zugängig sein. Der ausgedrohne soziale Zug dieses Schulreformprogrammes kommt besonders in der Förderung zum Ausdruck, die jedem befähigten Schüler ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse und dem gesellschaftlichen Stand seiner Eltern das Studium ermöglichen will. Den Ausführungen folgte nach dem Berlingen des sehr lebhaften Beifalles noch eine längere Diskussion, in der eine ganze Anzahl von Rednern sich mit den Vorderungen des Referenten auseinandersetzen, und zwar sämtlich im zustimmenden Sinne. U. a. erwähnen wir auch Herrn Rektor W. Brodbeck in Wiesbaden, der die gegenwärtig durch den Frankfurter Schulfreit besondere aktuelle Frage einer mit grossem Interesse aufgenommenen Betrachtung unterzog.

#### Nassauische Nachrichten.

— Höchst a. M., 12. Febr. Der Arbeiter Kummel, der sich in Hörburg der Polizei stellte und angab, in der Nähe von Höchst einen Arbeiter mit einigen Komplicen ausgeraubt und in den Main geworfen zu haben, leidet an einer Wahnidee. Kummel hat, wie festgestellt wurde, in Celle und in Köln die gleichen Beschuldigungen gegen sich erhoben. Die Angaben bezogen sich auf zwei andere Arbeiter, die er ermordet haben wollte. Kummel wurde damals nach Feststellung der Angelegenheit wieder aus der Untersuchungshaft entlassen.

— Oberursel, 12. Febr. Gestern mittag wurde der verheiratete Peter Höfner von Oberursel und seine 22jährige Tochter wegen Blutschande verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis Homburg eingeliefert. Höfner ist 45 Jahre alt und Vater mehrerer Kinder. Obwohl schon jahrelang Verhörmomente vorlagen, fehlte doch immer die rechte Handlung zum Einschreiten. Der Unhold begleitete das Mädchen mehrgest. bis zur Fabrik und abends holte er es wieder ab. Das Mädchen hat schon zwei Kinder geboren, der Vater konnte jedoch in seinem Fall festgestellt werden, da das Mädchen immer angab, überfallen und vergewaltigt worden zu sein.

#### Aus der Umgebung.

Adam Trabert †.

— Fulda, 12. Febr. Der Dichter und Politiker Adam Trabert, ein geborener Fuldaer, ist als Hofrat dieser Tage in Wien im Alter von 92 Jahren gestorben. Trabert, der Sohn eines Messerschmieds, hat in den Jahren 1848 bis 1868 eine hervorragende politische Rolle in Kurhessen gespielt in antipreußischer und großdeutscher Richtung. Als Redakteur des Wochenblatts „Wacht auf!“ (Fulda 1849) hatte er in Spangenberg 4 Jahre Festungshaft abzustehen. 1868 floh Trabert nach Wien über, trat 1872 in den Bahndienst, wo er es nach siebzehn Jahren bis zum Generaldirektor brachte. Als Dichter und Schriftsteller war er sehr produktiv, u. a. verfasste er: „Deutsche Gedichte aus Österreich“, das Schauspiel „Elisabeth, Landgräfin von Thüringen“, das Drama „Julian, der Abtrünnige“. Bevor Trabert nach Wien übersiedelte, war er auch in Wiesbaden tätig, und zwar als Redakteur der damals im Verlag der L. Schellenbergischen Hofbuchdruckerei erscheinenden „Rhein-Lahn-Zeitung“. Als im Jahre 1888 der „Wiesbadener Gutenbergverein“ sein Verbandsfest „Unter den Eichen“ feierte, dichtete ihm auf Ansuchen Trabert einen schwungvollen Prolog, der im Druck erschien und noch heute bei manchen der damaligen Teilnehmer des Festes unter Glas und Rahmen prangt.

— Bad Homburg v. d. L., 12. Febr. Der „Tannusclub“ beschloß die Errichtung einer Schutzhütte auf dem Herzberg. Die Hütte soll etwa 100 Personen Unterflucht bieten und wird 5000 M. kosten.

— Bingen, 12. Febr. Wie der Hofmarschall des Großherzogs von Hessen dem Vorstand des hiesigen „Cäcilienvereins“ mitgeteilt hat, steht der Besuch des Großherzogs in Bingen in Aussicht. Zu seiner Jubelfeier wird der Verein die „Liebesmesse“ aufführen. Hierzu ist das Erscheinen des Großherzogspaares in Aussicht genommen.

— Biedenkopf, 12. Febr. Bei einer in der Nähe von Biedenkopf abgehaltenen Jagd wurden acht Hirsche erlegt.

#### Gerichtsaal.

— Zwei Urteile. Marburg, 12. Febr. Das Schöffengericht verurteilte heute einen Studenten, der in Gemeinschaft mit seinen Freunden zu nächtlicher Stunde einen des Belegs kommenden schwäbischen jungen Mann antempelte und dann, als dieser sich dieses Verbrechens verbot, so mißhandelte, daß er ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte, und jetzt, nach 2 Monaten, noch an den Folgen leidet, zu 100 M. Geldstrafe. — Ein Bauarbeiter, der beim Bauarbeiterstreik sich der Bedrohung und des Koalitionszwangs gegenüber Arbeitswilligen schuldig mache, wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Die beiden Urteile, die derselbe Gerichtshof in derselben Sitzung fällte, könnten als Beweis dafür gelten, daß für den Schutz der Arbeitswilligen heute schon mehr als ausreichend gesorgt ist, während es noch an dem allernotwendigsten Schutz gegen Roheiten betrunkener übermüdiger Studenten fehlt.

— Ein politischer Beleidigungsprozeß. Gießen, 13. Febr. In dem Prozeß, den der Landtagsabgeordnete Justizrat Grünwald (Gießen) gegen den Landtagsabgeordneten Dr. Winkler (Oppenheim) wegen Beleidigung durch den Vorwurf der Feigheit angestrengt hatte, und der Widerklage wurde heute das Urteil gefällt. Dr. Winkler wurde wegen Beleidigung nach Paragraph 186 und 203 des Strafgesetzbuches in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 600 M. oder 60 Tage Gefängnis verurteilt. Justizrat Grünwald wurde wegen Vergehens nach Paragraph 186 zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt; außerdem wurde ihm die Publicationsbefreiung zugesprochen. Die vier mitangestellten hessischen Redakteure, die den beleidigenden Äußerungen Dr. Winklers Aufnahme in ihren Blättern gewährt hatten, wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß Dr. Winkler den Beweis für seine Unschuld in seinem Falle erbracht habe.

#### Sport und Spiel.

— Schwedische Automobilrennen. Gestern abend sind, wie uns aus Stockholm drücklich berichtet wird, von den gut internationalen Automobilrennen in Schweden gesetzten 60 Wagen nur ein Drittel am Ziel eingetroffen. Die beste Zeit bei dem Kilometerbergrennen hat bisher der von Elsäss gesteuerte Opel in 1 mit 1:44 erzielt. Das Kilometerrennen auf dem Eise hat verschoben werden müssen, da anhaltendes Tauwetter die Eisbahn zerstört hat.

— Der Geländelauf. Eine der erfreulichsten und gesündesten Leibübungen ist der Lauf in freier Natur, durch Wald und Feld, über Gräben und Heden. Den Teilnehmern bringt er mit dem Genuss, auf weiter Fede ein ungebundener Mensch zu sein, die hohe Freude an der persönlichen Leistung. Als Trainingsmittel weiß man den Geländelauf in den angelsächsischen Ländern höchster sportlicher Kultur in allen Sportlern zu schätzen. Man weiß dort, daß alles Spezialtraining nach ausgeschöpften Systemen schließlich versagen muß, wenn man den Lauf, den natürlichen und physiologisch unergründlichen Weg gleichmäßiger Ausbildung innerer und äußerer Organe vermeidet hat. So hören wir kaum jemals von einem großen sportlichen Ereignis, das sich deuten abspielt, ohne daß in den Trainingsergebnissen, die uns vermittelt werden, der Geländelauf eine Rolle spielt, mag es sich um die Boxer Johnson, Jeffries, die Ringer Gottschall, um eine Fußballmannschaft, um Ruderer, Radfahrer oder sonstige Sportgruppen handeln. Das sollte allen unseren Sportleuten ein Fingerzeig sein. Die Turner sollten ihn vor allem in ihr Programm aufnehmen und ihr sonst doch recht spärliches Freiluftprogramm dadurch in angenehmer Weise erweitern. Um dieser nützlichen Übung auch in Deutschland zu einer allgemeinen Verbreitung zu verhelfen, finden auf Veranlassung der Deutschen Sportbehörde für Athletik am 5. April an allen größeren Orten Deutschlands Geländelauf statt, an denen sich jedermann unentgeltlich beteiligen kann.

— Es werden deshalb alle Turn- und Sportvereine, Jugendvereine, religiöse Vereinigungen usw. aufgefordert, sich auf den Lauf vorzubereiten und davon teilzunehmen. Die näheren Bestimmungen werden in Kürze durch besondere Ortsauschüsse bekanntgegeben, ingwischen werden alle Anfragen und Auskünfte durch Chr. Engler, Frankfurt a. M., Saalburgstraße 44, bereitwillig erledigt.

#### Letzte Drahtberichte.

Der Prinz zu Wied in Wien.

— Wien, 13. Febr. Prinz Wilhelm zu Wied ist heute morgen aus Rom in Begleitung des Botschafters Buchberger am Botschaftshof eingetroffen. Zum Empfang waren u. a. erschienen der ihm als Ehrendienst zugeteilte Oberst des Generalstabs Miegl, ferner einige Mitglieder der albanesischen Kolonie mit 20 albanesischen Knaben, die in Wien ihre Erziehung genießen. Nach Verlassen des Zuges begrüßte der Prinz die ihn erwartenden Herren und die albanesischen Jöblinge, die ihm eine lebhafte Ovation bereiteten. Hierauf begab sich der Prinz mit Oberst Miegl in den bereitstehenden Hofwagen nach dem Hotel Imperial, wo er als Guest des Kaisers Wohnung nimmt. — Die Blätter begrüßen den Prinzen mit aufrichtiger Sympathie. Sie weisen darauf hin, daß den Prinzen eine schwere Aufgabe erwarte und wünschen, daß ihm die Mission Albanien auf dem Wege des Fortschritts einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, im vollen Maße gelingen möge.

Der Gesundheitszustand der französischen Truppen

— Paris, 13. Febr. Mehreren Blättern zufolge hat der Gesundheitszustand der Truppen, über welchen in der heutigen Sitzung auf Veranlassung der Sozialisten eine Interpellationsdebatte stattfinden wird, namentlich in den Garnisonen an der Ostgrenze eine Verschlechterung erfahren. In den Militärkranhäusern in Nancy befinden sich gegenwärtig 500, in Toul 800 und in Verdun 1250 Kranke. Die „France Militaire“ meldet, daß das Kriegsministerium verschiedene Maßnahmen zur Hebung des Gesundheitszustandes in der Armee beschlossen hat, darunter bessere Heizung der Kasernen und wärmere Bekleidung der Mannschaften. Außerdem sollen zahlreiche Beurlaubungen erfolgen und die schwächeren Soldaten ausgemustert werden. — Aus Algier wird gemeldet, daß die Rekruten von den Antillen, die nach Algier verlegt worden waren, weil sie in Südfrankreich massenhaft erkrankten, auch das algerische Klima nicht vertragen.

Wie sich Frankreich „tröstet“.

— Paris, 13. Febr. Die Epidemien, die zurzeit in den französischen Garnisonen unter den Truppen wüten, haben die öffentliche Meinung Frankreich außerordentlich beeindruckt. Um einen gewissen Trost zu haben, veröffentlichte heute das „Journal“ ein Telegramm seines Berliner Korrespondenten, der erfahren haben will, daß auch der Gesundheitszustand der deutschen Truppen außerordentlich zu wünschen übrig lässe. Er nimmt den Mund sehr voll und erklärt, zu wissen, daß 12 000 Männer deutscher Truppen zurzeit in Lazaretten untergebracht sind.

Der Besuch des Wiener Stadtrats in Berlin im Mai.

— Wien, 12. Febr. In der heutigen Sitzung des Stadtrats wurde folgender Beschluß gefasst: Der Stadtrat nimmt dankbar die Einladung der Berliner Stadtdarstellung an und wird ihr im Mai folge leisten. Werner wurde beschlossen, die Breslauer Gemeindevertretung einzuladen, daß sie im Frühjahr oder im Frühsommer der Gemeinde in Wien einen Gegenbesuch abstatten.

Die Veröffentlichung des Urteils gegen den „Vorwärts“.

Redakteur.

— Berlin, 13. Febr. (Eig. Drahtbericht) Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit dem Antrag einer Geschäftsordnungskommission, die dem Hause vorschlug, das Urteil gegen den wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses zu 6 Wochen Gefängnis verurteilten Redakteur des „Vorwärts“ Albert Wachs im „Vorwärts“ und im „Reichszeitung“ veröffentlicht zu lassen. Nachdem der Berichterstatter mündlich Bericht erstattet hatte, ergriff der Abgeordnete Dr. Liebknecht das Wort. Er sagte u. a.: „Auch wir sind der Ansicht, daß dieses Urteil nochmals publiziert wird, und zwar auch im „Vorwärts“. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, welche traurigen Vorgänge sich in diesem Hause abgespielt haben. Es ist notwendig, diese Vorgänge immer und immer wieder der Vergessenheit zu entreihen, und zwar bitte ich das Urteil möglichst mit seiner Begründung zu publizieren.“ Sodann wurde der Antrag der Geschäftsordnungskommission nahezu einstimmig angenommen.

Neue Gesetze für Elsaß-Lothringen.

— Straßburg, 13. Febr. (Eig. Drahtbericht) Wie elsäss-Lothringische Blätter mitteilen, soll die Reichsregierung beabsichtigen, in diesem Jahre noch dem Reichstag das schon früher erwähnte Gesetz über das Vereins- und Verammlungsrecht in Elsaß-Lothringen und ferner einen Gesetzentwurf, der sich gegen die in Elsaß-Lothringen in französischer Sprache erscheinenden Zeitungen richtet, vorzulegen.

Zu dem Neubau eines Reichsarchivs.

— Berlin, 13. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Budgetkommission des Reichstags erledigte heute die Petitionen zum Marineetat und wandte sich dann der zurückgestellten Vorberatung für den Neubau eines Reichsarchivs zu. Bekanntlich ist geplant, daß das Reich zusammen mit Preußen den Neubau errichten soll. Dagegen erhoben sich aber Bedenken, und auch heute in der Kommission erklärten namentlich die Sozialdemokraten und die Zentrumabgeordneten sich gegen jede Eigentumsgemeinschaft zwischen dem Reich und Preußen. Die Abstimmung wurde auf Dienstag verlegt. Über eine Petition, die Pariser Aufführungen im Gesellschaftshaus zu Bayreuth von nun ab von Reichs wegen zu unterstützen, ging die Budgetkommission zur Abstimmung über.

Diebstahl bei einer Luftschifferskompanie.

— Düsseldorf 12. Febr. Eine Kassette, in der sich 1200 Mark befanden, ist aus dem Wachlokal der hier in Garnison liegenden Kompanie des dritten Luftschiffersabtions gestohlen worden. Man versichert, daß es sich auf keinen Fall um Spionage handeln könne. Die in Frage kommenden Wachmannschaften wurden vorläufig festgenommen. Sie bestreiten, von dem Diebstahl irgend etwas zu wissen.



1 Pfd. Sterling	4.20.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Liri	—
1 Gold. L. O.	2.—
1 H. d. Währ.	1.70
1 Dörrer, engl. Krone	—
100 H. Ost. Konv.-Münze	105 H. Währ.
1 stand. Krone	4.1.15.

1 fl. koll.	4.2.70
1 alter Gold-Rubel	4.3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	4.2.16
1 Peso	4.—
1 Dollar	4.20
7 H. sächsische Währ.	12.—
1 Mk. Ekt.	1.50

# Kursberichte vom 13. Febr. 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

## Berliner Börse.

Div.	Bau-Aktien.	In %
1/2 Elektr. Handelsges.	163.50	
6. Commerz- u. Disc.-B.	111.40	
6/2 Burmstädter Bank	123.50	
12/2 Deutsche Bank	258.75	
6. D. Kfz.- u. Wechselb.	118.	
10. Dienstleistungs-Com.	195.40	
30. Dresdner Bank	157.75	
7. Münzg. Hyp.-Bank	141.60	
6/2 Mittelst. Creditbank	120.80	
7. Nationalb. u. Deutschl.	118.10	
13. Pfr. u. Ingr. Intern. Bk.	208.40	
5. Prudenzbank	140.20	
5. Schaffth. Bankverch	104.25	

Div.	In %
12. Rheinische Stahlw.	163.75
10. Siebeck Montan	201.75
Römhacher Hüttew.	162.40
Wittener Stahlwerken	136.50

### Chemische Werke.

30. Alkali-C. Chem. W.	44.10
Bad. Anilin u. Soda	630.
Deut. Natr. in Freib.	115.50
10. do. Oberseebank	161.
6. do. Ver.-Bank	4.12.00

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %
25. Akkumulatoren	34.4.
14. Allg. Elekt.-Ges.	94.67.75
Bergmann Elekt.	127.
Deutsch Uebers.-El.	178.50
El. Uebers. Zürich	192.
Ges. f. elekt. Uebers.	170.
7. Russ. Allg. Elekt.-G.	159.40
7/2 Schuckert Elekt.	152.10
4/2 Siemens elcttr. Bet.	114.25

Div.	In %</